

Kommunalpolitische Leitlinien 2014 – 2020

„Unser Dortmund stärken!“

Inhaltsverzeichnis

Solide Finanzen – starke Verwaltung – leistungsfähige Unternehmen machen Dortmund stärker	5
Den Haushalt solide machen	5
Arbeitgeber Dortmund: Modern, attraktiv, beste Leistung für die Bürger	7
Städtische Immobilien	10
Dortmund gut versorgen – kommunale Gesellschaften im Wettbewerb	11
Steuerung und Bündelung der Energie-Beteiligungen	12
Flughafen: Wettbewerbschancen durch maßvolle Entwicklung	14
„Patient“ Klinikum auf gutem Kurs!	15
Verantwortungsvolle Unternehmensführung	16
Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Dortmund stärken	18
Rahmenbedingungen für Unternehmen	18
Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsflächen	19
Einzelne Branchen	23
Produktionswirtschaft	23
Handwerk	23
Gesundheitswirtschaft	24
Einzelhandel	24
Messe- und Veranstaltungsstandort	25
Wissenschaft und Forschung	26
Arbeitsmarktpolitik	27

Dortmunds Infrastruktur — Stärken stärken.	30
Straßenverkehr	31
Parklizenzierung	32
Fahrradverkehr	33
Zukunft des ÖPNV	33
Eisenbahn und Hauptbahnhof	35
Überregionaler Schienenverkehr	35
Flughafen	36
Hafen	36
E-Mobilität	36
Verantwortungsvolle Politik	38
für unsere Stadtgesellschaft macht Dortmund stärker	
Stadtentwicklung	38
Dortmund Stadt der Chancen und sozialen Gerechtigkeit	40
Vorrang für Familien	41
Kinder brauchen unseren Schutz	42
Politik für unsere Jugend	43
Senioren – Lebenserfahrung nutzen, Teilhabe ermöglichen!	45
Menschen mit Behinderung – Zusammenleben auf Augenhöhe!	46
Zuwanderung und Integration	47
Zukunft durch Bildung	50
Bürgerschaftliches Engagement im Ehrenamt	52

Lebenswertes Dortmund – starkes Dortmund	54
Kultur macht Dortmund lebenswert	54
Starker Sport – starke Stadt	58
Umwelt und Energiewende in Dortmund	62
Dortmund – eine sichere und saubere Stadt!	64

Solide Finanzen – starke Verwaltung – leistungsfähige Unternehmen machen Dortmund stärker

Den Haushalt solide machen

Solide Finanzen sind Basis des Erhalts sozialer und kultureller Standards, aktiver Gestaltung und Entwicklung unserer Stadt. Jeder zur Deckung des laufenden Geschäfts durch Kassenkredite ausgegebene Euro¹ fehlt künftig für Investitionen in wachsende soziale, demographische und kulturelle Aufgaben sowie für den dringenden Erhalt und Modernisierung unserer Infrastruktur. Haushaltsdefizite dürfen künftig ausschließlich durch Investitionen begründet sein, die Dortmund zukunftsfähig machen im Wettbewerb der Städte und Regionen.

Substanzerverzehr und weiter steigende Verschuldung schwächen unsere Stadt, ihre Wirtschaftskraft, die Zukunftsaussichten der jungen Generation. Die wird die Zeche zahlen müssen! Dortmund hat – anders als behauptet – kein reines Einnahme- sondern vorwiegend ein Ausgabe-Problem!

Zurzeit „retten“ den Dortmunder Haushalt externe Einflüsse: Historisch niedrige Zinsen, stabile Konjunktur, hohe Steuerzuflüsse, aktuell und absehbar großzügige Zuweisungen des Bundes, speziell im sozialen Bereich.

Das wird nicht so bleiben – eigene „Hausaufgaben“ sind unerlässlich!

Wir wollen eine Umkehr der städtischen Finanzpolitik: Mehr Investitionen, durchgreifende Modernisierung der Verwaltungsstrukturen und -prozesse und die von Bürgern, Verwaltung und Politik gemeinsam getragene, konsequente Überprüfung aller Ausgaben.

Die Beteiligung der Bürger an dem von uns angestoßenen „Bürgerhaushalt“ zeigt: Viele Dortmunder unterstützen dieses Ziel, wollen mithelfen, Dortmunds Finanzen auf solide Grundlagen zu stellen. Dortmund muss auf der Aufwandsseite solider werden.

Weitere standortschädliche Steuererhöhungen wollen wir vermeiden.

Die Wahrung und Stärkung der Selbstverwaltung und Eigenständigkeit ist eine Daueraufgabe von hoher Priorität. Wir stehen für solide, nachhaltige und vorausschauende Haushaltspolitik. Schuldenpolitik zu Lasten künftiger Generationen wollen wir nicht!

¹ Schulden im Kernhaushalt rd. 2,2 Mrd. Euro; Kassenkredite rd. 1,5 Mrd. Euro; Schulden im „Konzern“ Stadt Dortmund rd. 4 Mrd. Euro

Wir wollen:

- bis 2016 den von uns geforderten ausgeglichenen Haushalt vorlegen.
- mit Erreichung des ausgeglichenen Haushalts beginnen, konsequent Schulden zurückzuzahlen.
- eine Initiative zur Einführung einer kommunalen Schuldenbremse.
- eine angemessene finanzielle Ausstattung für Dortmund, damit es seine Aufgaben erfüllen kann. Wir fordern die Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs. Notwendig sind die Erhöhung des kommunalen Anteils am Steueraufkommen des Landes NRW, Fortführung und Ausbau der Mitfinanzierung sozialer Aufgaben durch den Bund.
- die strikte Beachtung der „Konnexität“ bei Aufgaben- und Finanzausweisung: Die Devise lautet: „Wer bestellt, der bezahlt!“
- eine laufende Prüfung städtische Aufgaben, ob sie wichtigen Anliegen der Bürger entsprechen und die gegenwärtigen Standards zur Erfüllung der Aufgaben notwendig sind. Wir streben eine auskömmliche und verlässliche finanzielle Ausstattung der Stadtbezirke an. Ziel unserer Betrachtung ist eine zweckgebundene Gesamtzuweisung von einem Euro pro Monat pro Einwohner ohne Pauschalierungen.
- ein klares Bekenntnis zur Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand. Wir stehen zu unseren kommunalen Unternehmen und unterstützen die aktive Rolle unserer städtischen Beteiligungen bei der Entwicklung unserer Stadt. Kooperationen untereinander, verstärkte arbeitsteilige Zusammenarbeit mit der „Mutter“ Stadt Dortmund werden wir fördern. Den Ausbau entwicklungsfördernder Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen, die sich hier dauerhaft engagieren wollen, begrüßen wir.
- eine zukunftsorientierte Entwicklung mit einer langfristig tragbaren Finanzplanung. Interkommunale Zusammenarbeit kann finanzielle Entlastung bringen. Durchgreifender Neuaufbau der Verwaltung, konsequente Organisationsentwicklung mit qualifiziertem Personalkonzept müssen energisch angegangen werden.
- den Verkauf oder die Verpachtung nicht mehr benötigter Liegenschaften
- die Ermittlung belastbarer Kosten für Grünpflege und -reinigung aus einer Hand
- die sorgfältige Planung und stetige Risikobewertung wesentlicher Projekte
- den Abbau der eklatanten Steuerungs- und Kontrolldefizite in der Verwaltung

Arbeitgeber Dortmund:

Modern, attraktiv, beste Leistung für die Bürger!

Eine bürgerorientierte, flexible, kompetente und leistungsfähige Verwaltung ist ein unverzichtbarer Baustein für die Attraktivität unserer Stadt, für Bürger und Wirtschaft.

Kein Kostenblock in erster Linie, sondern Standortfaktor ersten Ranges!

Verwaltung und Mitarbeiter stehen angesichts demografischen Wandels, Spardrucks und veränderter Erwartungen der Bürger vor großen Herausforderungen. Unser Ziel: Im Einvernehmen mit Beschäftigten und Personalvertretung Kunden- und Bürgerfreundlichkeit verbessern, Effektivität und Effizienz der Verwaltung steigern. Investition in die Menschen, in zielklare interne Fortbildung soll bei sinkenden Personalzahlen für dauerhafte Zukunfts- und Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiter sorgen und optimale Qualität der Dienstleistung sicherstellen. Die Dortmunder sollen stolz sein auf ihre Verwaltung, die Mitarbeiter sollen stolz sein auf ihren Einsatz, ihre Leistungen, Anerkennung und Wertschätzung der Stadtgesellschaft genießen können.

Wir wollen die Stadt Dortmund zu einem vorbildlich-modernen, attraktiven und wettbewerbsfähigen Arbeitgeber entwickeln! Umsteuern der Personalpolitik ist dazu notwendig.

Wir müssen sparen, aber wir wollen investieren: In die Mitarbeiter, ihre Qualifikation, in Gesundheit, die Qualität der Arbeitsplätze und -prozesse, in Führungsqualität und Unternehmens-Kultur des „Konzerns“ Stadt Dortmund – nicht in steigende Beschäftigtenzahlen! Betriebsbedingte Kündigungen bleiben ausgeschlossen. Die Stadt Dortmund bleibt ein sicherer und verlässlicher Arbeitgeber. Wir wollen diesen Arbeitgeber aber deutlich moderner, zukunftsorientiert und im Interesse der Bürger und Mitarbeiter spürbar besser machen!

Die wiederholt auch mit breiter Mehrheit anderer Fraktionen bekräftigten Sparbeschlüsse (- 2% Personalaufwand pro Jahr) bleiben in Kraft. Eine für die Beschäftigten sozialverträgliche und bürgerfreundliche Umsetzung erfordert allerdings kompetentes Umsteuern, planvolles und abgestimmtes politisches Handeln:

- Wachsende Aufgaben in Bürgerservice und sozialen Bereichen erfordern Personal.
- Zunehmende Modernisierung der Verwaltung („E-Government“) macht absehbar Ressourcen frei, andere Arbeitsbereiche auf Sicht hingegen überflüssig.

- Noch immer fehlt das auch von der Aufsichtsbehörde geforderten Personalentwicklungs- und Qualifizierungskonzept! Dies wollen wir zügig auf den Weg bringen – in Abstimmung und Zusammenarbeit mit der Personalvertretung.
- Kompetente Aufgabenkritik in allen Verwaltungsbereichen ist dafür Voraussetzung. Besonderes Augenmerk liegt dabei neben den „freiwilligen“ auch auf den „hoheitlichen“ Aufgaben. Neben Produktzielen, Prozessen und Wirkungen sind auch die exakten Anforderungen gesetzlicher Aufträge zu klären. Welche Arbeitsweisen haben ggf. keine gesetzlichen Grundlagen mehr und gründen auf purer Gewohnheit? Ergebnis muss ein detailliertes Sollprofil für alle kommunalen Leistungen sein, das in einem Produkt- und Leistungskatalog festzulegen ist. Dies muss mit derzeitiger Aufgabenwahrnehmung verglichen und in einem Veränderungsprofil zusammengefasst werden. Abzuleiten ist die künftig benötigte Personalquantität und -qualität. Stellenbeschreibungen für die neuen Aufgabenzuschnitte sind Grundlage einer Personalbedarfsberechnung und eines Personalentwicklungskonzepts, das insbesondere die Personalqualifizierung festlegt. Intensives Zusammenwirken von Kämmerei und Personalwesen sowie die enge Einbindung der Personalvertretung sind selbstverständliche Voraussetzung.
- Wir werden das betriebliche Vorschlagswesen mit den Ideen der städtischen Mitarbeiter nutzen, um die Arbeit der Stadtverwaltung zu optimieren. Vorschläge, die zu einer Verbesserung des Ist-Zustands führen, werden wir durch eine Prämie belohnen.
- Die Einführung des wirkungsorientierten Haushalts (WH) bietet Chancen, im Haushaltsverfahren endlich Vereinbarungen zu konkreten Produktergebnissen und -prozessen zu treffen. Bereitgestellte Ressourcen müssen optimale Wirkung und Dienstleistungsqualität für die Bürger erbringen. Wir verbinden mit der Einführung des WH die Erwartung spürbarer Rückführung der Steuerungsdefizite in der Dortmunder Verwaltung. Steuerung muss verpflichtender, messbarer Bestandteil des Haushalts werden. Wir wollen wissen: „Welche städtischen Leistungen werden wie gebraucht, mit welcher Wirkung sollen diese die strategischen Ziele unserer Stadt unterstützen?“ Dies kann und soll die Verwaltung spürbar modernisieren.

Freiwillige Leistungen müssen auf den Prüfstand. Entbehrliches muss abgebaut werden. Besonderes Augenmerk erfordert das aufgeblähte Dezernat 1 des OB und der Bereich der

„inneren Verwaltung“. Hier finden sich die höchsten Kostensteigerungen der letzten Jahre! Hochbezahlte „Talentbüros“ sind entbehrlich. Ombudsmänner/-frauen sind nur in Bereichen einzusetzen, wo eine unbedingte Notwendigkeit besteht. Kräfte und Mittel fehlen an publikumsintensiven Stellen der Verwaltung!

Umfassende, extern unterstützte Organisationsuntersuchung kann dabei unterstützen. Sie muss unmissverständliche personelle Vorgaben / Zielvereinbarungen enthalten, orientiert an interkommunalen Vergleichen. Ein Stellenplan, aufgegliedert nach den einzelnen Ämtern, soll ersichtlich machen, mit welcher personellen Ausstattung das jeweilige Amt arbeitet.

Zentrales Controlling, bessere interne Sicherungs- und Kontrollsysteme müssen endlich Bargeld-Affären, Unterschlagung in Verwaltungsstellen und Betrugerei (Tiefbauamt/Wertstoffhandel) zu Lasten der Bürger verhindern. Steuerungs- und Kontrollverluste mit Millionen-Schäden (Jugendamt) kann sich Dortmund nicht leisten! Skandale diskreditieren die Verwaltung unberechtigt allgemein und belasten die Motivation der Belegschaft.

Interne Fortbildung soll bei sinkenden Personalzahlen für die notwendigen Qualitätsstandards der Aufgabenerledigung sorgen.

Kostensparende, Service verbessernde, effektive Zusammenarbeit im „Konzern Stadt Dortmund“, zwischen Kernverwaltung und Beteiligungsunternehmen, ist deutlich und energisch voranzutreiben Die Einrichtung einer Konzern-Personal-Agentur ist längst überfällig.

Wir wollen, dass jeder das für die Bürger erledigt, was seine Kernkompetenz darstellt und jeder jeweils am besten kann. Das steigert Leistung, fördert Qualität und spart viel Geld!

Modernes Gesundheitsmanagement ermöglicht auch älteren Mitarbeitern, bei der Stadt noch effizient, engagiert und erfüllt arbeiten zu können. Wir brauchen Wissen und Erfahrung älterer Mitarbeiter. Devise moderner Arbeitgeber: „Gemeinsam gesund älter werden“.

Wir unterstützen engagierte Ausbildungsaktivitäten zur Gewinnung und Heranbildung gut qualifizierter Nachwuchskräfte. Dazu gehört ein ambitioniertes Traineeprogramm.

Eine sich vielfältiger und „bunter“ entwickelnde Stadtgesellschaft verlangt nach mehr Diversität, höherem Anteil von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund in der Verwaltung. Bereichernde Vielfalt wollen und fördern wir ausdrücklich. Schematische, diskriminierende Quotierung wollen wir hingegen nicht.

Personalauswahl und Betrauung mit Personalverantwortung und Führungsaufgaben müssen künftig allein nach den Kriterien von Qualifikation, Befähigung und Eignung erfolgen. Parteibuchwirtschaft und Filz demotivieren enorm. Wir werden das abschaffen.

Das bedeutende Aufgabenfeld der Führung, Pflege und Entwicklung unserer Mitarbeiter hat es verdient, von eigenständigem, kompetentem Personaldezernat betreut und entwickelt zu werden. Unser Personal verdient eigenständigen Sitz und Stimme im Verwaltungsvorstand unserer Stadt und einen mit Kompetenzen ausgestatteten Personalausschuss. Mit der von uns geforderten Vorlage eines ausgeglichenen Etats 2016 werden wir die Schaffung eines eigenständigen Personaldezernats wieder energisch angehen.

Städtische Immobilien

Die CDU will die städtischen Büroflächen optimieren. Gebäude, die modernen Anforderungen nicht mehr entsprechen, werden wir abgeben oder in größeren Einheiten zusammenfassen. Nicht genutzte Flächen wollen wir veräußern oder abmieten, nicht mehr benötigtes Grundvermögen veräußern, die Verwaltung in vorhandenen Immobilien zentrieren. Anmietung neuer Objekte soll künftig nur stattfinden, wenn belegbare Einsparungen zu erzielen sind.

Den „Richtungsentscheid“ des Rates zum weiteren Umgang mit städtischen Immobilien

- Neubau eines Bürogebäudes am Burgtor
- Vermarktung des bisherigen Gesundheitsamtes und Sozialamtes
- Ertüchtigung des Jugendamtes am Ostwall

werden wir mit hohem Tempo umsetzen. Wir wollen die zügige Nachnutzung der Gebäude „Dortberg-Haus“ (ehemaliges Planungsamt, Leerstand seit 2004), des ehemaligen AOK-Gebäudes am Königswall sowie des Studieninstitutes am Königswall, versehen mit detaillierter Zeitplanung.

Die Steuerung städtischer Investitionen muss besser werden mit dem Ziel deutlicher Kostensenkung. Standards für Brandschutz und bisher vorgehaltene Gebäudestandards sind kritisch zu überprüfen. Wir wollen eine stärkere Typisierung der Gebäude („Baukastensystem“, Mehrfachnutzung von Schulen, Kindertagesstätten, Sporthallen etc.). Weitere Effizienz im Hochbau kann durch stärkere Einbindung von „Systemanbietern“ erzielt werden.

Durch die rechtzeitige Sanierung von Gebäuden wollen wir Wertverluste vermeiden und zugleich die Attraktivität des Standorts erhalten.

Die CDU will die städtische Gebäudereinigung wirtschaftlicher machen. Wir wollen die städtische Reinigung künftig mit sukzessiv erhöhtem Anteil an Fremdfirmen durchführen. Vergabe an private Partner ist nachweislich deutlich kostengünstiger. Frei werdende Flächen sollen vergeben, frei werdende Stellen im Rahmen der Fluktuation nicht wiederbesetzt werden. Soziale Standards werden bleiben! Wir wollen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und tariflich vereinbarte Entlohnung.

Dortmund gut versorgen - kommunale Gesellschaften im Wettbewerb

Wir bekennen uns zur Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand. Die jüngste Wirtschaftskrise hat den Wert eines handlungsfähigen Staats und solide aufgestellter öffentlicher Unternehmen gezeigt. Die kommunalen Gesellschaften und Eigenbetriebe Dortmunds haben sich erfolgreich behauptet. Sie können aber noch deutlich leistungstärker und preisgünstiger für ihre Kunden, die Dortmunder Bürger arbeiten.

Auch künftig können sich Dortmunds Bürger darauf verlassen, dass sie zu vertretbaren Preisen mit Wasser, Strom, Gas und Telekommunikationsleistungen etc. versorgt werden. Auch eine in Anzahl und Leistung hochwertige medizinische Versorgung, ausreichenden, bezahlbaren Wohnraum, zuverlässige Entsorgung, Betreuung alter Menschen und öffentliche Verkehrsleistungen werden wir verlässlich sicherstellen.

Anwachsende Lasten des Etats durch vorwiegend sozial bedingte Pflichtaufgaben bewirken die steigende Bedeutung von Finanz- und Leistungskraft, Dienstleistungsqualität und Wirtschaftlichkeit der städtischen Unternehmen. Damit wächst die Bedeutung erfolgreicher Beteiligungspolitik für die Lebensqualität der Bürger in Dortmund.

Die Konzerngesellschaft Dortmunder Stadtwerke (DSW₂₁) ist **das** Infrastrukturunternehmen für Dortmund. Mit seinen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften bietet DSW₂₁ bürgernahe Dienstleistungen in den Bereichen Verkehr, Logistik, Entsorgung, Energie und Wasser, Stadt- und Grundstücksentwicklung, Telekommunikation und Datennetze.

Wir sind überzeugt: Führung und Steuerung zahlreicher wichtiger Dortmunder Beteiligungen im Unternehmensverbund der DSW₂₁ haben sich bewährt. Die Unternehmen haben sich zufriedenstellend oder gut entwickelt. Die Notwendigkeit einer Änderung der bewährten „ Holding-Struktur“ sehen wir aktuell nicht. Das gilt auch für die Rechtsform (AG) der DSW₂₁. Wir treten ein für einen deutlich stärkeren Einfluss bürgerschaftlich gewählter Ver-

treter auf wesentliche Unternehmensentscheidungen. Das Aktiengesetz schützt DSW21 jedoch vor unberechenbar direkter Einflussnahme wechselnder politischer Mehrheiten. Direkten politischen Durchgriff auf das operative Geschäft will die CDU ausdrücklich nicht!

DSW21 und verbundene Unternehmen erbringen für Dortmund jährlich Leistungen von ca. 140 Mio. Euro in den Bereichen Mobilität, Logistik, Kommunikation, Stadtentwicklung, Entsorgung, Wasser und Energie. Bei realistisch nüchterner Betrachtung dürfen zusätzliche namhafte Ausschüttungen an den städtischen Haushalt nicht erwartet werden. Grenzen setzen jährliche Verkehrsverluste (ÖPNV und Flughafen) von aktuell rd. 83 Mio. Euro, durch Wettbewerb und Energiewende drastisch einbrechende energiewirtschaftliche Erträge, anstehende Investitionen in Instandhaltung und Erneuerung von Verkehrsinfrastruktur und Fuhrpark sowie die Erwartung an DSW21, auch weiterhin bei Stadt- und Flächenentwicklung, Ausbau des Logistikstandorts etc. Kapital einzusetzen und qua Vorfinanzierung ins Risiko zu gehen.

Die CDU unterstützt das Vorhaben der DSW21, durch Anpassung der Strukturen, Organisationsentwicklung und durchgreifendes Kostenmanagement („Projekt Zukunft“) Verkehrsverluste zu reduzieren und seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dies ist wichtige Voraussetzung für den Erfolg bei der 2018 anstehenden Direktvergabe der Verkehrsdienstleistungen. Unter der Voraussetzung der Mitwirkung von Beschäftigten und Personalvertretung fördern und erwarten wir ein klares Bekenntnis der Stadt Dortmund zu ihrem Verkehrs- und Infrastrukturunternehmen!

Klar muss sein: Das Verkehrsangebot in Dortmund muss dauerhaft finanzierbar bleiben. ÖPNV-Dienstleistungen und Investitionen müssen so wirtschaftlich wie möglich erbracht werden. Unmittelbare Belastungen des Dortmunder Etats bleiben ausgeschlossen. Erneuerung und Unterhaltung von Fahrzeugbestand und Infrastruktur werden bis 2030 rd. 2,3 Mrd. Euro benötigen – in der Spitze bis zu 150 Mio. Euro jährlich! Der Nahverkehrsplan Dortmund muss dies im Blick haben. Haltestellen und Liniennetz sind dem Bedarf entsprechend weiterzuentwickeln – die Auslastung der Angebote ist regelmäßig zu überprüfen, die Betriebsleistung ist entsprechend dem Bedarf anzupassen!

Bund und Land sind gefordert, eine dauerhaft verlässliche, auskömmliche Finanzierungsbasis für den ÖPNV sicherzustellen. Nur so kann der ÖPNV seine Attraktivität wahren und einen spürbaren Beitrag leisten zur Lösung Dortmunder Verkehrs- und Umweltthemen.

Steuerung und Bündelung der Energie-Beteiligungen

Die Kommunalwirtschaft in Dortmund ist mit namhaften Beteiligungen an RWE, STEAG, GELSENWASSER und DEW21 in hohem Maße konzentriert auf den Energiesektor. Dies versprach in der Vergangenheit erhebliche Chancen, es birgt in der Zukunft erhebliche Risiken! Stabile Erträge konnten über lange Zeit Verkehrsverluste kompensieren, Projekte der Stadtentwicklung und Infrastruktur-Investitionen (vor)finanzieren. Die Konzentration auf die Energiebranche ist zum überwiegenden Teil fremdfinanziert. Entsprechend hängt die finanzielle Lage der DSW21 in hohem Maße von der derzeit nicht absehbaren Entwicklung der Energiebranche ab. Ein kurzfristiger Abbau von Vermögensanteilen an RWE und STEAG ist z.Zt. angesichts der Branchensituation nicht sinnvoll. Aufgrund avisierter Korrekturen an der Energiewende besteht die Chance, dass sich die defizitäre Lage an den Strommärkten absehbar verbessert. Damit werden sich die Marktbewertungen der Energieversorger wieder erhöhen. Das wäre der Zeitpunkt, vorsichtig marktschonenden Abbau der Risiken durch Verkäufe zu erwägen. Mit den Erlösen können Schulden der Stadt, der Stadtwerke reduziert und eine Verringerung des erheblichen Zinsänderungsrisikos erreicht werden.

Mittelfristig sieht die CDU DSW21 in der Verantwortung, gemäß gutachterlich belegter Äußerungen zur Zukunft der DEW21 ab 2014, die energiewirtschaftlichen Beteiligungen Dortmunds energisch und konsequent zu ordnen, ihre strategische Aufstellung zu sortieren (STEAG: international und national; RWE: national; GELSENWASSER: regional; DEW21: lokal). Eine gesonderte Energie-Holding braucht Dortmund dazu nicht. Erforderlich sind: Mehr Kooperation, mehr Hebung von Synergien, ein Mehr an Vernetzung der Kompetenzen der Dortmunder Energie-Beteiligungen!

Die Zukunft der DEW21 für den Zeitraum 2014 ff. wird noch in diesem Jahr entschieden. Der Rat der Stadt hat mehrheitlich beschlossen: Kreditfinanzierten, millionenschweren Anteilskauf zwecks „Rekommunalisierung“ der DEW21 wird es nicht geben. Dortmund hat bei DEW21 mit 53% Anteil längst das „Sagen“. Wir favorisieren die Fortführung der Partnerschaft mit RWE. Wir erwarten: Dortmund muss mit derzeit rd. 2.800 Arbeitsplätzen dauerhaft zweitgrößter RWE-Standort in NRW bleiben – mit Sitz von Führungs- und Regionalgesellschaften, mit „Schreibtischen“ und Entscheidungskompetenz!

Wir fordern: RWE soll in die Partnerschaft mit DEW21 investieren: Seine erhebliche betriebswirtschaftliche und juristische Kompetenz in Fragen der Regulierung des Energiemarkts, seine Expertise im Energiehandel sowie in Service und Betrieb der Energienetze.

Unter diesen Bedingungen ergibt die Fortsetzung der Partnerschaft mit RWE Sinn und dient der Entwicklung unseres örtlichen Wasser- und Energieversorgers. Wir stehen zu unserem Dortmunder Energie- und Wasserversorger – jeder Dortmunder „Lokalpatriot“ wird das ähnlich sehen! Wir wollen und werden DEW21 in seiner Rolle als unser Mehrspartenunternehmen mit örtlicher Nähe, gutem Kundenservice und anerkannter Fachkompetenz fördern und stärken! Wir unterstützen das „DEW-Exzellenz-Programm“ (140 Maßnahmen erbringen rd. 25 Mio. Euro Ersparnis pro Jahr), das Bemühen, durch effizientere Strukturen und Prozesse den bemerkenswert guten Rang unter den ersten 5 Stadtwerken zu behaupten und auszubauen. DEW21 erbringt überdurchschnittlich gute Ergebnisse, die Ertragskraft ist gut. Wir meinen: Die Konstruktion der DEW21 ist zukunftsfähig und verlässlich für Dortmund. Das Unternehmen agiert schon jetzt erfolgreich als Schrittmacher lokaler Energieeffizienz und dezentraler Lösungen. DEW21 ist verlässlicher Partner der lokalen Energiewende. Keinem anderen Stadtwerk ist vergleichbar der kurzfristige, umfassende Aufstieg zum Betreiber regenerativer Anlagen gelungen. Politische „Nachsteuerung“ ist nicht erforderlich! DEW21 zählt zu den führenden lokalen Windstromerzeugern in Deutschland. Alle DEW21-Windräder erzeugen rd. 137 Mio. kWh Strom. Das entspricht dem Verbrauch von rd. 20 % der Dortmunder Haushalte. Das ambitionierte Ziel, bis 2020 den Anteil regenerativer Energien aus eigenen Anlagen auf mindestens 25 % zu steigern, sollte nicht allein DEW21 auferlegt werden. Angesichts erforderlicher Investitionen von rd. 200 Mio. Euro muss der gesamte Konzern einen Beitrag leisten, das ist Gemeinschaftsaufgabe!

Wir sehen die Zukunft der DEW21 in der Rolle als unser Dortmunder Energie- und Wasserversorgungsunternehmen. Expansion in der Region unterstützen wir, soweit dadurch belegbar bedeutende Ergebnisbeiträge zu erwirtschaften sind.

Flughafen: Wettbewerbschancen durch maßvolle Entwicklung

Der Flughafen bleibt wichtiger Faktor der Verkehrsinfrastruktur des Oberzentrums Dortmund. Er dient Wirtschaft und Privatreisenden. Er sichert mittel- und unmittelbar Arbeitsplätze in Dortmund. Die CDU unterstützt den Flughafen in seinem Ziel, Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit im dezentral aufgestellten Luftverkehrsmarkt zu erhalten und möglichst zu verbessern. Dies muss allerdings wirtschaftlich darstellbar sein und im Einklang stehen mit den berechtigten Interessen der durch Fluglärm betroffenen Anlieger. Den Interessenausgleich mit den Bürgerinitiativen im Umfeld des Airports streben wir an.

Wir unterstützen die angestrebte maßvolle Erweiterung der Betriebszeiten und die weitere Entwicklung des Flughafens zum „Öko-Airport“. Den Wunsch des Flughafens zur baulichen Erweiterung der Start- und Landebahn lehnen wir ab.

Die Wirtschaftlichkeit dieser Investition ist nicht erwiesen und wird der Akzeptanz des Airports in unserer Stadtgesellschaft eher schaden. Eine moderate Erweiterung der Verspätungsregelung bis 23.30 Uhr tragen wir aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit mit.

Die Lärmbelastung der in den An- und Abflugstrecken liegenden Stadtteile ist auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Wir bestehen auf dem Erhalt des Nachtflugverbotes zwischen 23.00 und 6.00 Uhr sowie einer konsequenten Weiterentwicklung aller flugbetrieblichen Maßnahmen zur Lärmreduzierung. Gleichzeitig soll der schon jetzt als „Öko-Flughafen“ geführte Betrieb auf diesem Sektor den ersten Rang aller NRW-Flughäfen erreichen. Die technischen Voraussetzungen sind in Dortmund bereits gegeben.

Bestrebungen der Landesregierung NRW, bislang autonom in Dortmund zu bestimmende Entwicklungsmöglichkeiten durch Rückstufung unseres Flughafens vom „landesbedeutsamen“ zum lediglich „regionalbedeutsamen“ Flughafen zu erschweren, treten wir entgegen. Unsere Zukunftsthemen wollen wir selbst entscheiden – ohne interessengeleitete Einflussnahme von Wettbewerbern.

Der Flughafen belastet aufgrund seiner unzulänglichen Finanzierungsstruktur in deutlich zu hohem Maße die Finanzen von Stadt und DSW₂₁. Die Gesellschaftsstruktur ist zu überarbeiten und anzupassen. Die Aufspaltung in eine vermögenshaltende und eine operative Gesellschaft ist ein Weg. Sie schafft Klarheit über finanzielle Strukturen, insbesondere die Ertragslage aus laufendem Betrieb. An der operativen Gesellschaft ist eine wesentliche Beteiligung privater Dritter aufzunehmen. Deren Ertrag ist zur Rückführung der Kreditfinanzierung bei der vermögenshaltenden Gesellschaft in gleicher Höhe zu verwenden.

„Patient“ Klinikum Dortmund auf gutem Kurs !

Die CDU bekennt sich zum Klinikum Dortmund als Maximalversorger in kommunaler Trägerschaft. Jährlich rd. 60.000 stationäre Patienten und 150.000 ambulante Kontakte in nahezu allen medizinischen Disziplinen sowie Platz 40 von 1800 Krankenhäusern der „Focus“-Liste belegen Qualität und Rang unserer Kliniken. Wir wollen das Leistungsangebot auf neuestem Stand medizinischen Wissens und medizinischer Technik erhalten. Die Weiterentwicklung des medizinischen Angebots und weitere Investitionen erfordern Planungssi-

cherheit, verlässliches Engagement (Kredite und Bürgschaften) der Stadt Dortmund. Die CDU wird dies mittragen.

Voraussetzung: Die neu installierte Geschäftsführung erhält politisch und betriebsintern die erforderliche Unterstützung für den eingeschlagenen Kurs der Konsolidierung. Einsparungen im Bereich der Verwaltung scheinen vordringlich, Reduktionen im Bereich patientennaher Dienstleistungen (Pflege, ärztliche Versorgung) erfordern Augenmaß.

Bauliche Verbesserungen (Unfallchirurgie) sind wünschenswert. Investitionen von 80-100 Mio. Euro (OP Nord, Geriatrie, Kinderzentrum etc.) sind aus Betriebsergebnissen bei niedriger Eigenkapitalausstattung kaum finanzierbar. Bei unabweisbarem Kapitalbedarf schließen wir die Notwendigkeit einer Beteiligung privater Geldgeber nicht aus. Für die wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft unseres Klinikums und die Fortsetzung des eingeschlagenen Sanierungskurses sehen wir einige Voraussetzungen:

- Konsequente Umsetzung der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen
- Flexibilisierung der Arbeitszeiten (Nutzung der Rahmentarifvereinbarungen)
- Deutliche Verbesserung innerbetrieblicher Fortbildung
- Deutliche Verbesserung der Hilfen des Landes NRW zur Krankenhausfinanzierung - speziell bei der Finanzierung unabweisbarer Bauinvestitionen.

Erfolgskritisch ist das Vertrauen der Dortmunder Politik in Kompetenz und Erfolg der Arbeit der neuen Geschäftsführung sowie die aktive Mitwirkung von Personalvertretung und Beschäftigten an einem zukunftsichernden Kurs des Klinikums. Verzicht auf Aktionismus, unternehmensschädlich-politische Aktivitäten und die Bereitschaft der Stadt, eine verlässliche, an Effizienzsteigerung und messbaren wirtschaftlichen Erfolgskriterien orientierter Finanzierung sind sicherzustellen. Die grundsätzliche Bereitschaft, bei Bedarf privatwirtschaftliche Kenntnisse und Finanzkraft unterstützend heranzuziehen, erwarten wir.

Verantwortungsvolle Unternehmensführung

2012 hat der Rat Standards für eine verantwortungsvolle Unternehmensführung der städtischen Unternehmen beschlossen. Sie dienen dazu, Transparenz und Effizienz im „Konzern Stadt Dortmund“ zu verbessern. Der Kodex verfolgt diese Ziele:

- Aufstellen von Regeln und Standards des Zusammenwirkens aller Beteiligten (Rat, Beteiligungsverwaltung, kommunale Unternehmen)
- Förderung effizienter Zusammenarbeit zwischen Geschäftsführung und Aufsichtsrat

- Verbesserung des Informationsflusses zwischen Verwaltung und kommunalen Unternehmen
- Ausrichtung am Gemeinwohl durch verbesserte Transparenz und Steuerung
- Erhöhen des Vertrauens der Bürger in Entscheidungen von Politik und Verwaltung.

Die CDU hat Diskussion und Entwicklung des Kodex maßgeblich geprägt und will erreichen, dass der Einfluss bürgerschaftlich gewählter Mitglieder in den Organen der städtischen Gesellschaften gestärkt wird. Die Praxis, dass der OB oder seine Vertreter wichtige Entscheidungen quasi im Alleingang beschließen, wollen wir durch stärkere Mitwirkung bürgerschaftlicher Vertreter in den Organen korrigieren. Dies gewährleistet verantwortliche, demokratisch legitimierte und transparente Führung der Unternehmen der Dortmunder Bürger. Die Dortmunder Unternehmen gehören der Dortmunder Bürgerschaft. Wichtige Unternehmensentscheidungen sollen künftig wieder von bürgerschaftlich gewählten, legitimierten Vertretern getroffen werden!

Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Dortmund stärken

Rahmenbedingungen für Unternehmen:

Dortmund, mit seinen ca. 580.000 Einwohnern, hat sich in den letzten Jahren immer mehr zur wichtigsten Drehscheibe im Osten der Millionen-Metropole Ruhrgebiet entwickelt. In Zeiten zunehmender Globalisierung und damit einhergehendem Wettbewerb um Produkte, Märkte und Fachkräfte ist es eine Daueraufgabe, Dortmund als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort gut zu positionieren. Die CDU Dortmund hat sich konstruktiv und intensiv daran beteiligt, dass Dortmund sich im andauernden Strukturwandel zu einem innovativen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort entwickeln konnte. Auch zukünftig gilt es sowohl für die Wirtschaft als auch für die Wissenschaft Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine positive Entwicklung von Ökonomie, Wissenstransfer und Ökologie gewährleisten.

Wir wollen die Potenziale, die Dortmund z.B. mit seinen vorhandenen internationalen Markt – und Branchenführern oder Spezialanbietern und seinen sechs Hochschulen und bekannten Forschungsinstituten am Standort besitzt, weiter fördern, damit notwendige und dauerhafte wirtschaftliche Impulse ausgelöst werden. Wir wollen aber auch eine verantwortungsvolle Standortpolitik z.B. für die Kernbranchen Handwerk, Logistik, Gesundheitswirtschaft oder die Produktionswirtschaft gestalten, die bedeutende Arbeitgeber in Dortmund darstellen. Ebenso gilt es, dem Einzelhandel verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen zu geben, damit Dortmund seinen Ruf als einer der stärksten Einzelhandelsstandorte Deutschlands ausbauen kann.

Eine moderne Wirtschaftspolitik ist daher heute untrennbar verbunden mit einer attraktiven Stadtentwicklung. Im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte gilt es neben qualifizierten Arbeitsplätzen auch moderne Wohnquartiere, attraktive Schulen und eine intakte Infrastruktur vorzuhalten, damit Dortmund vom Zuzug und dem Verbleib qualifizierter Menschen profitiert.

Aus unserer Sicht müssen sich die Anstrengungen der Stadt sowohl auf die Zukunftsbranchen und Kernbranchen als auch auf die Bestandsentwicklung und Neuansiedlungen konzentrieren. Die noch stärkere Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft ist dabei von entscheidender Bedeutung, damit Beschäftigung und Ausbildung nicht nur gesichert sind, sondern wachsen können.

Es ist auch unerlässlich, dass sich die Rahmenbedingungen, die die Stadt selber schaffen kann, nicht weiter verschlechtern. Die CDU hat daher im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2013 die von SPD und Grünen beschlossene Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 486 Punkte vehement abgelehnt. Steuererhöhungen zur Kompensation von fehlenden Konsolidierungsmaßnahmen sind Gift für den Wirtschaftsstandort Dortmund. Diese Maxime gilt auch in Zukunft.

Trotz einer positiven Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Dortmund, bleibt die Bekämpfung der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit um ca. 13% ein vorrangiges Ziel der CDU. Der überdurchschnittlich hohe Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit ist dabei eine enorme Hürde. Auffällig ist die besondere Ausprägung der Entkopplung der Arbeitslosen- von der Beschäftigungsentwicklung in Dortmund. Es gibt in Dortmund ein deutliches Missverhältnis zwischen überproportionalem Zuwachs der Bevölkerung, dem Erwerbspersonenpotential und der Erwerbsbeteiligung. Diese Diskrepanz aufzulösen, um Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen zu können, ist eine der herausragenden Aufgaben der nächsten Zeit.

Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsflächen

Die Wirtschaftsförderung Dortmund ist ein wichtiger Katalysator für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt. In ihrer jetzigen Organisationsform als Eigenbetrieb hat die Wirtschaftsförderung mit daran gearbeitet, dass die Dortmunder Unternehmen und der breite Branchenmix einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung Dortmunds leisten. Die CDU ist jedoch der Auffassung, dass die Wirtschaftsförderung zugunsten einer weiteren Optimierung ihrer Arbeit weiterentwickelt werden muss.

Dabei kommt dem Thema „Flächen/Flächenentwicklung“ besondere Bedeutung zu. Zwar gibt es heute eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden und der Wirtschaftsförderung, wenn es um Nachfragen oder die Entwicklung von Flächen geht, aber es gilt, die Aufgabenerfüllung der Wirtschaftsförderung weiter zu optimieren.

Ein marktgerechtes Angebot an unbebauten Gewerbegrundstücken für die „Ansiedlung neuer und die Entwicklung bestehender Unternehmen ist ein unverzichtbares Instrument kommunaler Wirtschaftsförderung.“ Diese Leitthese aus dem Masterplan Wirtschaftsflächen der Stadt Dortmund hebt die Bedeutung von Grundstücksentwicklungen hervor.

Darüber hinaus haben auch bebaute gewerbliche Bestandsflächen eine erhebliche Bedeutung für strukturelle Veränderungswünsche der Wirtschaft. Der von Unternehmen genutzte Wirtschaftsflächenbestand in Dortmund ist im Zeitraum 2005 bis 2010 um ca. 118 ha gestiegen. Über 90 % der Neubauaktivitäten fanden auf ehemaligen Brachflächen statt. Bezogen auf die Wirtschaftsstruktur verzeichneten die Bereiche Logistik und Dienstleistungen die höchsten Flächenumsätze. Der Flächenanspruch des verarbeitenden Gewerbes ist in Dortmund mit 2,2 ha nahezu unverändert.

Um als Wirtschaftsstandort attraktiv zu bleiben, sind die nachfolgenden Schritte notwendig. Bei der Realisierung dieser Schritte lässt sich die CDU von dem Grundsatz des Vorrangs eines Flächenrecyclings leiten.

- Die begonnene Entwicklung des Gewerbegebietes Werner Hellweg in Lütgendortmund muss erfolgreich zum Abschluss gebracht werden.
- Die Entwicklung des Industrie- und Gewerbegebietes Westfalenhütte muss konsequent weiter verfolgt werden.
- Das Bebauungsplanverfahren für das Gewerbegebiet Buddenacker muss forciert werden.
- Die Planungsarbeiten für die Flächen Osterschleppweg einschließlich der Fläche Asseln-Süd müssen abgeschlossen werden.
- Die notwendigen planerischen Schritte für die Flächen zwischen dem Gewerbegebiet Wickede-Süd und dem Bebauungsplan Bereich Br 174 Asseln-Süd müssen zugunsten einer gewerblichen Nutzung zeitnah abgeschlossen werden.
- Ebenso soll die Realisierung des Bebauungsplans Br 174 Asseln-Süd vorangetrieben werden.
- Die Entwicklung des „Güterbahnhofs Westfaliastraße“.

Darüber hinaus gilt es weiterhin, die Fläche „Groppenbruch/Achenbach 2.o“ als Gewerbe- / Industriefläche zu entwickeln. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Fläche auch zukünftig im Landesentwicklungsplan als Gewerbefläche ausgewiesen bleibt. Ergänzend zum Masterplan Wirtschaftsflächen ist nach Betriebsende des Kraftwerkes Gustav-Knepper in Mengede zum Jahresende 2014 / Anfang 2015 das Betriebsgelände für industrielle Nutzung vorzusehen. Die CDU setzt sich dafür ein, dass in Zusammenarbeit mit dem Eigentümer die Fläche als Standort für Industriearbeitsplätze entwickelt wird. Wir brauchen Industriearbeitsplätze!

Als interkommunales Großprojekt für dringend benötigte Industriearbeitsplätze wollen wir nach wie vor die Realisierung des „newPark“ in Datteln/Waltrop vorantreiben. Die Emscher – Lippe Region und das östliche Ruhrgebiet brauchen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Menschen und der Kommunen die Möglichkeit, industrielle Arbeitsplätze anzusiedeln. Die Zusammenarbeit verschiedener Kommunen, Landkreise, Handwerkskammern, Industrie – und Handelskammern und Gewerkschaften belegt die Bedeutung dieses Zukunftsstandortes für großflächige neue Industrie.

Die skandalöse Ablehnung der ursprünglich zugesagten Bürgschaft zur Absicherung der Grundstückskäufe durch die newPark-Projektgesellschaft, ist kein Beitrag der SPD-geführten Landesregierung zur Stärkung der Region und Schaffung neuer Perspektiven für die Menschen in der Region.

Wir setzen uns ein für alternative Ansätze der Finanzierung und sichern der Projektgesellschaft ihre Unterstützung zur Umsetzung dieser einmaligen Chance zu.

Wir erwarten dabei allerdings auch folgende Beiträge der Landesregierung:

- Die Sicherstellung der erforderlichen Mittel zum Abschluss der Planungen.
- Die Bereitstellung von Fördermitteln für die Erschließung und Vermarktung.
- Die Unterstützung beim Erwerb von Flächen.
- Den Einsatz für den dringend notwendigen Bau der B474n, insbesondere die Anmeldung für den Bundesverkehrswegeplan.

Wir fordern die Landesregierung auf, sich mit ihrer Unterstützung für dieses Projekt klar zur Industrieregion Ruhrgebiet zu bekennen.

Vor dem Hintergrund, dass gewerbliche Flächenreserven nicht vorhanden sind und weite Teile von gewerblichen Angebots- und Potentialflächen mit Restriktionen hinsichtlich Erschließung, Aufarbeitung, Verfügbarkeit und überzogenen Preisvorstellungen der Eigentümer versehen sind, ist die Frage der Marktfähigkeit von Flächen von entscheidender Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Dortmund.

Wir bleiben in dieser Frage im Interesse von Arbeit und Wirtschaft ein verlässlicher Partner.

In diesem Zusammenhang ist es unser Ziel, die Wirtschaftsförderung Dortmund in die Lage zu versetzen, Grundstücksgeschäfte eigenständig vorzunehmen. Wir wollen, dass die Wirtschaftsförderung sowohl Grundstücke erwerben als auch veräußern kann. Sie soll in die Lage versetzt werden, Flächen anzukaufen, zu entwickeln und zu veräußern. Vorhandene städtische Wirtschaftsflächen sollen in die Wirtschaftsförderung eingebracht werden.

Ziel muss es sein, dass die Wirtschaftsförderung ohne Reibungsverluste in eigener Regie zeitnah und passgenau Angebote an Unternehmen unterbreiten kann, wenn diese sich ansiedeln bzw. expandieren wollen. Dazu ist eine an den Markterfordernissen orientierte Flächenvorratspolitik nötig.

Die notwendigen Arbeiten zur Flächenentwicklung bzw. -vermarktung sollen durch den Eigenbetrieb durchgeführt werden. Ein Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit muss der Erhalt und der Zuwachs an Industrieflächen sein. Phoenix-West gilt es konsequent zu entwickeln. Die Fläche hat das Potential neben dem Technologiezentrum ein weiteres Aushängeschild für den zu bewältigenden wirtschaftlichen Transformationsprozess der Stadt zu werden.

Der Dortmunder Hafen ist der größte Kanalhafen Europas und Industrie- und Logistikstandort von internationaler Bedeutung. Wasserstraßen, Straßen und Schienen verbinden ihn direkt mit dem europäischen Verkehrssystem. Die drei wichtigsten Verkehrsträger Schiff, Eisenbahn und LKW werden an diesem Logistikstandort sinnvoll kombiniert. Der Hafen bietet mit seinen 160 Unternehmen ca. 5.000 Menschen Arbeit. In den letzten Jahren hat sich der Hafen vom ehemals montanindustriell ausgerichteten Umschlagplatz zu einem modernen Logistikzentrum entwickelt.

- Das vorhandene Container Terminal stößt nach mehreren Ausbaustufen inzwischen an seine Kapazitätsgrenzen. Wir unterstützen daher die Pläne, den Hafen in seinem Leistungsspektrum um eine neue Anlage für den kombinierten Verkehr zu erweitern. So können Neukunden gefunden und bereits vorhandene Unternehmen am Standort Hafen gesichert werden. Wir erreichen somit, dass der Dortmunder Hafen seine Rolle als bedeutender Logistikstandort weiter behaupten und ausbauen kann.
- Überlegungen, im Hafengebiet Wohnen und Gastronomie zu etablieren sind reizvoll, dürfen jedoch nicht zu einer Bedrohung von Arbeitsplätzen führen.

Die günstige Lage Dortmunds ist ein besonderer Standortvorteil. Die Kombination von optimalen Verkehrsverbindungen zu Wasser, zu Lande und aus der Luft verschafft Dortmund eine günstige Position im Wettbewerb der Städte und Regionen. Die exzellente Anbindung an das Fernstraßennetz soll weiter ausgebaut werden. Ebenso müssen die Arbeiten für die B1-Untertunnelung vorangetrieben werden. Eine Verringerung der Verkehrsbedeutung der B1-Durchfahrt Dortmund wollen wir nicht. Wir wollen auch, dass das Dortmunder Straßennetz als Lebensader der Wirtschaft instand gesetzt wird.

Einzelne Branchen

Im Bereich der Produktionswirtschaft genießt die Dortmunder Metallverarbeitung, der Maschinenbau oder die Elektrotechnik einen weltweit guten Ruf. Stahl- und Metallverarbeitung spielen seit jeher eine besondere Rolle in Dortmund.

Ebenso sind Dortmunder Maschinenbauunternehmen global erfolgreich. Die Elektrotechnik mit ihren vielfältigen Unternehmen bildet ebenfalls eine wichtige Säule der Dortmunder Wirtschaft. Die Unternehmen der Produktionswirtschaft geben ca. 28.000 Menschen in der Stadt Arbeit. Dennoch muss intensiv daran gearbeitet werden, dass die Industrialisierungsquote von ca. 7 % (Bundesdurchschnitt 15%) in Dortmund deutlich verbessert wird.

- Vor dem Hintergrund der andauernd hohen Arbeitslosigkeit in Dortmund ist es nicht nur wirtschaftspolitisch dringend notwendig, sondern auch arbeitsmarktpolitisch und sozialpolitisch von ganz besonderer Bedeutung, dass in der Stadt noch mehr Industrie-arbeitsplätze entstehen können. Wir setzen uns daher dafür ein, dass in Dortmund weitere Industriegebiete entstehen, die einen wichtigen Baustein zur Senkung der Arbeitslosigkeit darstellen.

Das Handwerk mit seinen mehr als 4.000 Betrieben gibt etwa 32.000 Menschen in Dortmund Arbeit und bildet mehr als 4.000 junge Menschen im Jahr aus. Es leistet somit einen wichtigen Beitrag zum Wohle der Stadt. Ebenso ist Dortmund Standort überregionaler Ausbildungszentren der Handwerkskammer Dortmund. Gerade das örtliche Handwerk in seiner mittelständischen Struktur ist auf gute örtliche Rahmenbedingungen angewiesen.

- Unser Ziel ist es, weitere Steuererhöhungen für Unternehmen in Dortmund zu verhindern, damit keine Arbeits- und Ausbildungsplätze verloren gehen.
- Darüber hinaus wollen wir über den Weg der Haushaltskonsolidierung erreichen, dass die Investitionen in der Stadt wieder zunehmen. Die Betriebe des örtlichen Handwerks können so über mehr Aufträge der öffentlichen Hand und deren zeitnahe Bezahlung Arbeit und Ausbildung sichern.

Die Gesundheitswirtschaft stellt mit mehr als 40.000 Beschäftigten den größten Beschäftigtensektor der Stadt. 16,4 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten in diesem Sektor. Allerdings herrscht in dieser Branche auch die Sorge vor Fachkräftemangel.

- Insbesondere im Pflegebereich gibt es erheblichen Handlungsbedarf. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist davon auszugehen, dass gerade in den Pflegeberufen Bedarf an Fachkräften andauern wird. Wir setzen uns dafür ein, dass es in enger Zusammenarbeit mit dem Jobcenter und der Arbeitsagentur zu Qualifizierungen für diesen Bereich kommen kann.
- Von besonderer Bedeutung für die Stadt ist das Klinikum der Stadt Dortmund. Das Klinikum bietet mit hochqualifiziertem ärztlichen Personal sowie modernster medizintechnischer Ausstattung beste Voraussetzungen, die Funktion als Krankenhaus der Maximalversorgung in Dortmund zu halten bzw. auszubauen. Nach dem Wechsel in der Geschäftsführung begleiten wir konstruktiv den begonnenen Sanierungsweg der Geschäftsleitung, zu dem es keine ernsthafte Alternative gibt. Ziel ist es, das Klinikum im Wettbewerb der Krankenhäuser wirtschaftlich stabil als Maximalversorger zu erhalten. Darüber hinaus setzen wir uns für den Erhalt aller Kliniken im Stadtgebiet ein. Private Beteiligungen zur Erhaltung der medizinischen Versorgung im Einzugsgebiet der jeweiligen Krankenhäuser, dürfen dabei kein Tabuthema sein.

Für den Einzelhandel gilt der Masterplan Einzelhandel als wichtiges Steuerungselement zur Stärkung der zentralen Angebotsstrukturen. Wir wollen den Handelsstandort Dortmund weiter stärken. Dabei gilt unsere Aufmerksamkeit sowohl der Stärkung der Dortmunder City mit ihrem breit gefächerten Angebot, als auch den Stadtbezirks – bzw. Ortsteilzentren. Wir wollen die flächendeckende Nahversorgung der Dortmunder Bevölkerung in allen Stadtteilen sichern. Vor dem Hintergrund, dass der Gesamthandel ca. 32.000 Menschen beschäftigt und einen Umsatz von mehr als 3 Milliarden Euro tätigt, verdient dieser Sektor nach wie vor besondere Aufmerksamkeit. Nachdem die Thier Galerie ein weiterer Magnet in der Dortmunder City für die Region geworden ist, gilt es aus unserer Sicht, mögliche negative Auswirkungen z.B. auf die Brückstraße oder den Ostenhellweg zu verhindern.

- Wir wollen, dass sich die Wirtschaftsförderung dabei noch stärker dafür einsetzt, dass sich insbesondere in der City qualitativ attraktiver Einzelhandel ansiedelt und der Aufwuchs von Billigketten eingedämmt wird. Dazu gehört außerdem auch die gezielte För-

derung von kleinteiligem, spezialisiertem Einzelhandel in den Nebenzentren der Innenstadt.

- Wir wollen, dass sich das Dienstleistungszentrum Wirtschaft (DLZW) noch stärker in den Stadtbezirken vernetzt und etabliert. Ziel muss es sein, auch in den Stadtbezirken attraktiven Einzelhandel anzusiedeln. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist es zwingend notwendig, dass für die BürgerInnen auch fußläufig erreichbare Einzelhandelsangebote vorgehalten werden.

Messe- und Veranstaltungsstandort

Ein oft unterschätzter Wirtschaftsfaktor ist in Dortmund das Messe – und Veranstaltungszentrum rund um die Westfalenhallen. Die Messe Dortmund betreibt den Messeplatz Nummer eins in Westfalen und ist einer der vier größten Messestandorte in NRW. Etwa 60 Messen mit mehr als 7.000 Ausstellern und fast 700.000 Besuchern finden jährlich am Messestandort Dortmund statt. Darüber hinaus hat Dortmund mit der Westfalenhalle 1 nach wie vor einen international populären Anziehungsort für Konzerte, Entertainment – Veranstaltungen oder Sport-Events. Die damit einhergehende Bruttowertschöpfung ist ein bedeutender Faktor im Dortmunder Wirtschaftsleben.

- Um die Westfalenhallen auch weiterhin attraktiv und zukunftssicher im Wettbewerb aufstellen zu können, fordern wir einen Statusbericht zur Infrastruktur der Westfalenhallen. Auf Basis dieser Zustandsbeschreibung wollen wir die dringend notwendige Unterstützung für den Messe- und Veranstaltungsstandort anstoßen.

Nachdem die Bundesbank einen ihrer wesentlichen Standorte in Dortmund eröffnen wird, gilt es, sich auch um die Ansiedlung weiterer öffentlicher Einrichtungen von Landes- und Bundesbehörden zu bemühen.

Wir wollen auch in der Zukunft den Strukturwandel Dortmunds weiter vorantreiben. Wichtige Bausteine sind neben Industriearbeitsplätzen natürlich die neuen Technologien, die sich in der Stadt etabliert haben. Informations-, Mikro-, Nano- und Biotechnologie sowie Logistik sind dabei ebenso starke Säulen wie die Dienstleistungswirtschaft, der sozial orientierte Dienstleistungssektor, die Versicherungs- und Finanzwirtschaft, die Kultur- und Kreativwirtschaft, das Hotel- und Gaststättengewerbe oder die Tourismusbranche.

Wissenschaft und Forschung

Mit etwa 45.000 Studierenden ist Dortmund einer der größten Hochschulstandorte in NRW. Sechs Hochschulen und 19 wissenschaftliche Einrichtungen außerhalb der Hochschulen haben mit dafür gesorgt, dass der Wissenschaftssektor in Dortmund seit 2008 um ca. 13 % gewachsen ist. Ebenso stieg die Beschäftigung in den wissensintensiven Dienstleistungen um ca. 10 %.

Die Technische Universität Dortmund ist dabei mit ihren ca. 30.000 Studierenden und rund 7.000 Mitarbeitern (inkl. Hilfskräfte) das Herzstück der Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen und einer der größten Arbeitgeber der Stadt. Die Dortmunder Hochschulen sind Wirtschaftsmotoren und generieren nach einer Studie aus dem Jahr 2012 ca. 1,2 Mrd. Euro an Umsatzeffekten in Dortmund. Hinzu kommen noch ca. 900.000 Euro aus dem Technologiezentrum Dortmund. Vor dem Hintergrund, dass die Stadt somit etwa 20 Mio. Euro Steuern aus diesem Sektor einnimmt, ist es für uns wesentlich, den Wissenschafts- und Forschungsstandort weiter zu stärken.

Wir haben daher den Masterplan Wissenschaft, der von den Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Stadt gemeinsam erarbeitet wurde, sehr begrüßt und unterstützen seine Umsetzung intensiv. Ziel muss es sein, dass Dortmund als Wissenschaftsstadt sowohl in seiner räumlichen, als auch in seiner sozialökonomischen Wirkung weiterentwickelt wird.

Dabei benötigt die Stadt jedoch die Unterstützung von Bund und Land.

- Wir fordern daher von der Landesregierung, dass es endlich wieder Gründungswettbewerbe für Neugründungen im Technologiebereich ausschreibt. Das europaweit anerkannte Technologiezentrum Dortmund darf nicht durch die Ignoranz der Landesregierung gefährdet werden. Die enge Verknüpfung der Hochschullandschaft und des Technologiezentrums war immer ein Garant für die Gewinnung von neuen Unternehmen und Gewinnung von dringend benötigten hochqualifizierten Fachkräften. Die Landesregierung schadet dieser dringend benötigten Entwicklung, in dem sie seit 2011 keine Gründungswettbewerbe mehr ausgeschrieben hat. Das schadet nicht nur der Stadt sondern auch NRW als Wissenschafts- und Forschungsstandort.
- Wir lehnen darüber hinaus die aktuell vorgelegte Novelle des Landeshochschulgesetzes NRW ab. Wir bestreiten aufgrund der Erfolge der nordrhein-westfälischen Hochschulen in den letzten Jahren die Notwendigkeit dieser Gesetzesänderung. Mit einem engen bürokratischen Korsett, unsinniger Detailsteuerung und Dirigismus will die Landesregierung die Handlungsfähigkeit, die die Hochschulen jedoch auszeichnet, einschränken und sie in die Planwirtschaft führen. Der Schaden für die Hochschulen in Dortmund

und der Region wäre erheblich. Wir setzen uns daher dafür ein, dass der vorgelegte Gesetzesentwurf durch die Landesregierung zurückgezogen wird.

Arbeitsmarktpolitik

Aufgrund günstiger konjunktureller Entwicklungen konnte die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten auch in Dortmund seit langem wieder steigen und festigt sich derzeit über der 200.000-Marke. Dennoch stagniert die Arbeitslosigkeit in Dortmund auf hohem Niveau. So waren im Januar 2014 mehr als 38.000 Menschen in Dortmund arbeitslos gemeldet, was eine Arbeitslosenquote von etwa 13 % bedeutet. Dortmund ist damit eine der Städte mit der höchsten Arbeitslosigkeit in NRW.

Offenbar profitieren arbeitslose Menschen nicht mehr wie in der Vergangenheit vom positiven Beschäftigungstrend. Arbeitslose Menschen scheinen in Dortmund nicht so gut zum Arbeitskräftebedarf zu passen wie andere Bewerbergruppen. Auffällig ist auch der durchschnittlich hohe Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit in Dortmund seit 2010.

Unabhängig von saisonalen oder konjunkturellen Entwicklungen hat sich die Arbeitslosigkeit in Dortmund leider verfestigt.

Die Entkoppelung der Arbeitslosen von der Beschäftigungsentwicklung ist nach Auffassung des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Dortmund besonders ausgeprägt. Demnach überwiegt die Beschäftigungszunahme von in Dortmund lebenden Menschen aufgrund von Beschäftigung außerhalb Dortmunds. Zwar überwiegt die Zahl der Einpendler noch, jedoch nimmt die Zahl der Auspendler weiter zu. Das spricht für eine negative Arbeitslosen-Stellen-Relation auch für Höherqualifizierte.

Aus unserer Sicht ist es äußerst schwierig, die Arbeitslosigkeit in Dortmund nachhaltig zu senken. Es ist aber nicht unmöglich, wie der Vergleich zu anderen Städten verdeutlicht. Zum Beispiel hat Dortmund im Vergleich zu anderen Städten mit 7 % eine zu geringe Industrialisierungsquote. Der Durchschnitt liegt in NRW bei ca. 12 % und im Bund bei etwa 15 %. Das produzierende Gewerbe hat in Dortmund nur noch geringe Bedeutung. Im Wesentlichen prägen Dienstleistungsgewerbe den Strukturwandel.

- Wir wollen, dass Dortmund wieder deutlich stärker auf produzierendes Gewerbe setzt, wenn es um die Ansiedlung neuer Unternehmen geht. Dazu ist eine konsequente Flächenpolitik zugunsten des produzierenden Gewerbes nötig.

- Wir stehen daher zu den Zielen des Masterplans Wirtschaftsflächen und wollen die konsequente Umsetzung der darin beschlossenen Flächenentwicklungen. Gerade im produzierenden Gewerbe liegen Potentiale für sog. Blaumannarbeitsplätze, die bereits in anderen Städten und Regionen zu mehr Beschäftigung geführt haben. Es gibt in Dortmund ein Missverhältnis von Stellenangebot und Arbeitskräftepotenzial. Über den Zuwachs an Produktionsbetrieben kann dieses Missverhältnis durchaus gesenkt werden.

Mit besonderer Sorge betrachten wir die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit in Dortmund. Trotz erheblicher Mittelaufwendungen der öffentlichen Hand, manifestiert sich in Dortmund die Langzeitarbeitslosigkeit. Vor dem Hintergrund, dass auch zukünftig im Bereich der niedrigen Qualifikation Stellen abgebaut werden und neue nur bei mittlerer und höherer Qualifikation entstehen, muss das Thema der Qualifikation weiter intensiviert werden.

In den vergangenen Jahren wurden gemeinsam mit den breit aufgestellten sozial orientierten Dienstleistern in der Stadt und den Partnern aus Handwerk, Wirtschaft und Einzelhandel verschiedenste Qualifizierungsprogramme durchgeführt, ohne dass es gelungen ist, die Beschäftigung von Arbeitslosen im sogenannten ersten Arbeitsmarkt spürbar und nachhaltig zu verbessern.

- Wir lehnen kommunale Beschäftigungsprogramme, die lediglich das Ziel der öffentlich geförderten Beschäftigung verfolgen, grundsätzlich ab. Zum einen verfolgt diese Art der Beschäftigung nicht vorrangig das Ziel der Integration in den ersten Arbeitsmarkt und steht zum anderen ggf. in Konkurrenz zu Tätigkeiten, die durch Unternehmen und Betriebe der freien Wirtschaft erbracht werden.
- Wir sprechen uns jedoch sehr deutlich dafür aus, dass in Dortmund möglichst im Konsens aller Beteiligten eine Qualifizierungsoffensive gestartet wird, die den arbeitslosen Menschen besser als bisher Chancen auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt bietet. In der Vergangenheit war die Gründung der damaligen „Dortmunder Dienste“ ein Modell, das unter den damaligen Rahmenbedingungen diesen Weg eingeschlagen hatte. Ähnliche Modelle sollen in enger Zusammenarbeit mit der Dortmunder Wirtschaft beraten werden. Dabei ist gemeinsam mit der Dortmunder Wirtschaft als Grundlage zu ermitteln, welchen Qualifizierungsbedarf man sieht und inwieweit Handwerk, Industrie

und Einzelhandel enger in die Qualifizierungsmaßnahmen eingebunden werden müssen.

Das Risiko, am Bedarf vorbei zu qualifizieren, muss in Dortmund erheblich minimiert werden. Der erhebliche Mittelaufwand muss noch weitaus zielgerichteter eingesetzt werden. Qualifizierung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert, muss die Aufgabe der nächsten Zeit sein. Ziel muss sein auch die Langzeitarbeitslosigkeit in Dortmund spürbar zu senken.

Dortmunds Infrastruktur – Stärken stärken:

Eine gute Infrastruktur ist die Grundlage des Lebens und Wirtschaftens gerade in einer Großstadt wie Dortmund. Infrastruktur reicht von den Straßen und Wegen über Strom, Gas und Wasser bis zum breitbandigen Anschluss an das Internet, um nur einige beispielhaft zu nennen. Insbesondere die Verkehrsinfrastruktur wird fast ausschließlich durch die Stadt Dortmund bereitgestellt.

Die öffentliche Infrastruktur stellt mit rd. 20 % des städtischen Haushaltes zusammen mit den Personalkosten und sozialen Aufwendungen den bei weitem namhaftesten Kostenblock dar. Die öffentliche Infrastruktur ist aber nicht nur Kostenblock, sondern auch in der Bilanz der größte Werteblock. Grund genug, diese Werte möglichst zu erhöhen, zumindest aber zu erhalten. Straßen, Wege und Brücken müssen vor weiterem Verfall geschützt, ständig unterhalten werden. Sparen an der Unterhaltung führt in wenigen Jahren zu deutlich höheren Kosten bei der Instandsetzung bzw. dem Neubau und über das KAG (Kommunalabgabengesetz) auch zu einer direkten zusätzlichen Belastung der Bürger. Dieses ist bereits heute zu beobachten. Dies wollen wir nicht!

Eine spürbare Erhöhung der Unterhaltungsmittel ist auch ein Signal an die mittelständischen Unternehmen vor Ort. Gerade kleinere Instandsetzungen sind vor Ort Wirtschaftsfaktor für die ortsansässigen Unternehmen und Handwerksbetriebe. Dies stärkt die Dortmunder Wirtschaftskraft. Wir wollen die Dortmunder Straßen in Ordnung bringen.

Wir fordern daher eine auskömmliche Finanzierung zur Instandhaltung der Dortmunder Verkehrswege. Zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Standes sind alleine für die Straßen 22 Mill. Euro pro Jahr notwendig. Wir wollen eine stetige jährliche Steigerung der Sanierungs- und Investitionsmittel bis zu dieser Summe. Zurzeit steht nur etwa die Hälfte der Summe zur Verfügung.

Straßenverkehr

Um den Straßenverkehr menschen- und umweltgerecht zu verbessern, stellt die CDU folgende Forderungen auf.

- Wir drängen weiter auf die schnelle Errichtung der so genannten „Nordspange“. Diese von der Brackeler Straße über das Gelände der Westfalenhütte in Richtung Hafen unter Einbeziehung bestehender Abschnitte vorhandener Verbindungen neu zu bauende Straße dient neben der inneren Erschließung und Verbindung wichtiger Gewerbe- und Industriegebiete insbesondere auch der Entlastung des Borsigplatzes vom Durchgangsverkehr und soll zur deutlichen Senkung der Feinstaubbelastung entlang der Brackeler Straße und in der gesamten Nordstadt führen.
- Wir fordern die Untertunnelung der B1: Im westlichen Dortmunder Stadtgebiet ist die frühere B1 bereits heute zur Autobahn A 40 ausgebaut worden. Im Bereich östlich der B236 steht der Ausbau zur Autobahn kurz bevor. Trotz aller bisher schon ergriffenen Maßnahmen ist daher eine Lösung insbesondere des Lärm- und Emissionsproblems im verbliebenen städtischen Abschnitt zwischen Westfalenhalle und B 236 ohne den Bau eines Tunnels von der Märkischen Straße bis zur B 236 nicht zu erwarten. Die Planungen sollen zügig vorangetrieben werden.
- Nach Fertigstellung des Tunnels soll der oberirdische Bereich so gestaltet werden, dass die bisher künstlich getrennten Stadtteile wieder zusammenwachsen können. Vorzusehen ist genügend Raum für den örtlichen Verkehr, eine typische vierspurige Hauptstraße, vergleichbar der Märkischen Straße, und die Anlage einer barrierefreien Stadtbahn.
- Wir unterstützen daher, dass die Untertunnelung von B1/A40 im Stadtgebiet Dortmund weiter im Bundesverkehrswegeplan im vordringlichen Bedarf bleiben muss.
- Wir fordern den Weiterbau der OW IIIa. Trotz der ideologisch begründeten Ablehnung der Landesregierung gegenüber dem Bau der OW III a bleibt die Dortmunder CDU in Übereinstimmung mit der Haltung betroffener Nachbargemeinden zur Entlastung der Ortskerne in Asseln und Wickede vom Durchgangsverkehr bei ihrer Forderung des Weiterbaus dieser Ost-West-Tangente bis zur Autobahn A1 in Unna. Wir fordern die

Landesregierung auf, die Planungen fortzuführen. Hierbei ist die Straße zweispurig fortzuführen und die innerörtlichen Straßen durch Kreisverkehre anzubinden.

- Wir fordern eine bedarfsgerechte Anbindung der Universität Dortmund an das Verkehrsnetz, insbesondere in Richtung der Dortmunder Innenstadt. Es wurden immer nur unzusammenhängende Einzelmaßnahmen umgesetzt. Unter diesem Gesichtspunkt sind der Erhalt der bereits gebauten Uni-Südtangente und ihr Anschluss an die neugebaute Straße Am Gardenkamp unerlässlich.
- Auch bei der weiträumigen Beschilderung sollte frühzeitig auf die Universität Dortmund als wichtigen Baustein des Dortmunder Strukturwandels, aber auch einen der größten Arbeitgeber der Stadt, hingewiesen werden.

Die Stadt Dortmund hat sich bereits im IT-Bereich beispielsweise mit der TU Dortmund oder dem Technologiezentrum und Technologiepark gut positioniert. Die ständige Verfügbarkeit von Diensten aus dem Internet mit ständig steigenden Bandbreiten-Anforderungen erlangt daher für die Bürger und Besucher der Stadt Dortmund eine immer größere Bedeutung z.B. für das Einholen von ortsabhängigen Informationen. WLAN entwickelt sich zum Standortfaktor von Städten im Bereich der Gewinnung von Fachkräften und im Tourismus. Die CDU wird daher in der kommenden Wahlperiode folgende Initiativen ergreifen:

- Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept analog zur Brückstraße vorzulegen, um in den Zentren von Stadtbezirken eine öffentliche WLAN-Infrastruktur aufzubauen.
- In die Prüfung soll das Wissen und Infrastruktur der Unternehmen der Stadt Dortmund (z. B. dokom21) einbezogen werden.

Parklizenzierung

Der fehlende Parkraum in den städtischen Verdichtungsgebieten stellt weltweit ein nicht lösbares Problem dar, da gerade im Altbaubereich Parkmöglichkeiten zum Teil völlig fehlen. Die Lösungen müssen immer einen guten Kompromiss zwischen den Wünschen der Anwohner und den Notwendigkeiten einer Großstadt wie z.B. Anlieferverkehre schaffen. Wir stehen Lösungen positiv gegenüber,

- die das Problem mit Zustimmung der jeweiligen Anwohner abmildern können.

- die akzeptable Gestaltungen für die ortsansässigen Freiberufler, Dienstleister und den Einzelhandel beinhalten.
- die dafür sorgen, dass sich die Parkplatzsituation in den genannten Bereichen verbessert.

Fahrradverkehr

Das Fahrrad hat neben der Freizeitnutzung, seine Stärken im Kurz- und Mittelstreckenbereich. Daraus ergeben sich für die CDU folgende Forderungen:

- Die Mittel für den Fahrradverkehr sollten daher zielgerichtet in den Um- und Ausbau der örtlichen Radwege investiert werden. Die Konzentration auf den straßen- und fußwegebegleitenden Radwegeausbau ist zu überprüfen.
- Vorrangiges Ziel ist der Ausbau der Stadtteil verbindenden Radwege, die vielen Menschen zugutekommen.
- Die Konzentration erheblicher Mittel in zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe auf ein oder wenige persönliche Prestigeprojekte einiger Vertreter in der Region und der Landesregierung wie zum Beispiel den Radschnellweg Ruhr lehnt die CDU ab. Die Mittel für den Fahrradverkehr auf wenige gigantische Vorzeigeprojekte zu Lasten der Radwege zwischen den Dortmunder Stadtteilen zu konzentrieren trägt nicht zur Stärkung des Radverkehrs bei und wird deshalb von der CDU abgelehnt.

Zukunft des ÖPNV

Eine Großstadt wie Dortmund braucht einen attraktiven und bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Auch unter demographischen Gesichtspunkten wächst die Bedeutung des ÖPNV. Trotz gleichbleibender beziehungsweise rückläufiger Bevölkerungszahl steigen die Nutzungszahlen des ÖPNV jährlich um 1 bis 2 % an. Das Dortmunder Stadtbahnnetz ist eines der leistungsfähigsten ÖPNV-Netze auf kommunaler Ebene in Deutschland.

Folgende Punkte sind der CDU daher wichtig:

- Aufgrund der hohen Folgekosten ist ein weiterer Ausbau des Streckennetzes, insbesondere des schienengebundenen Verkehrs nicht realistisch. Angesichts dieser Entwicklung hat das Stadtbahnnetz für die CDU seinen Endausbauzustand erreicht.
- In Zukunft muss es stattdessen nicht mehr um den Ausbau sondern um die Optimierung des Netzes im Bestand gehen. Die vollständige Barrierefreiheit des Stadtbahnnetzes ist anzustreben.
- Aufgrund der steigenden Nutzungszeiten müssen allerdings auch in Zukunft mehr Fahrzeuge im bestehenden Netz eingesetzt werden und vorhandene Fahrzeuge altersbedingt ersetzt werden.
- Auch die technische Infrastruktur insbesondere der Stadtbahnstrecken bedarf dringend einer Erneuerung. Das Land ist aufgerufen, seine verfehlte Förderpraxis von der ausschließlichen Förderung des Neubaus auf die Förderung von Erhaltungsmaßnahmen umzustellen. Weder Kommune noch DSW₂₁ allein können mit der bisherigen Finanz Ausstattung langfristig den Betrieb der Stadtbahn sicherstellen. Wir wollen die wechselseitige Ergänzung aller Verkehrsmittel. Wir brauchen Individualverkehr und öffentlichen Personalverkehr gleichermaßen. Ideologisch begründete autofeindliche Politik wollen wir nicht. Tempo 30 auf allen innerstädtischen Straßen wird von uns daher nicht befürwortet. Wir begrüßen die Überarbeitung des Streckenvorbehaltnetzes, wie sie zurzeit im Stadtbezirk Hörde getestet wird, um klare Kriterien für die Ausweisung von Tempo 30-Zonen zu gewinnen.
- Die verschiedenen Verkehrsträger des ÖPNV sind besser zu verknüpfen und die Qualität der Knotenpunkte zu erhöhen, zum Beispiel im Hauptbahnhof. Beispiele sind der Ortskern/Bahnhof Aplerbeck oder die Haltestelle Parkhaus Barop (U- und S-Bahn, Bus). Die Fahrzeiten sind zwecks Anslusserreichbarkeit zu optimieren.
- Wir fordern die Deutsche Bahn auf, die Vorortbahnhöfe zu sanieren.
- Nachdem feststeht, dass die Linie RB 43 Richtung Bövinghausen erhalten bleibt, muss in eine bedarfsgerechte Instandhaltung der Strecke investiert werden.
- Möglichkeiten zur besseren Anbindung der Universität Dortmund und des Technologieparks im ÖPNV sind weiterhin zu prüfen und bei positivem Ausgang umzusetzen.
- Der weitere Ausbau von Park-and-ride-Plätzen wird von der CDU unterstützt.

Eisenbahn und Hauptbahnhof

Dortmund verfügt über eine gute Anbindung an den Schienenverkehr sowohl im Bereich des Güterverkehrs als auch in der Personenbeförderung. Schwachpunkt ist der Dortmunder Hauptbahnhof, der endlich modernisiert werden muss und architektonisch und funktionell den Erwartungen an eine Metropole gerecht werden muss. Die Sanierung und Modernisierung des zweitgrößten Eisenbahnknotenpunkts Nordrhein-Westfalen ist seit mehr als einem Jahrzehnt überfällig. Wir wollen, dass der Hauptbahnhof endlich zügig zu einer hochwertigen Verkehrsstation umgebaut wird.

In diesem Zusammenhang ergeben sich folgende Forderungen:

- Besondere Bedeutung hat für uns, dass die Umsteige- und Wegebeziehungen zwischen U-Bahn (Stadtbahn) und dem Regional- und Fernverkehr (S-Bahn, Regionalbahn, IC, ICE und den künftigen Rhein-Ruhr-Express) verbessert werden. Dabei ist die Verknüpfung von Stadtbahn und Regionalverkehr ebenso von großer Bedeutung.
- Während sie beim Umbau des Hauptbahnhofs vom Entgegenkommen der Deutschen Bahn abhängig ist, kann die Stadt Dortmund das Umfeld des Hauptbahnhofs in eigener Zuständigkeit neu und attraktiv gestalten. Wir unterstützen daher eine der Metropole Dortmund angemessene architektonische Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes, der durch prominente Bauten in seiner Nachbarschaft, das deutsche Fußballmuseum und die Botta-Bibliothek, zusätzlich an Bedeutung gewonnen hat. Der Bahnhofsvorplatz stellt als Eingangstor in die City auch ein wichtiges Element zur Attraktivitätssteigerung der Dortmunder Innenstadt dar.

Überregionaler Schienenverkehr

Auch die Gleisverbindungen zum Dortmunder Hauptbahnhof sind Schwachstellen im überregionalen Netz der Eisenbahn. Wir drängen daher weiterhin

- auf den zweigleisigen Ausbau der Strecke Dortmund Münster, da diese die einzige eingleisige Verbindung im Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn darstellt. Der Bau des zweiten Gleises auf der Strecke Dortmund - Münster ist eine vergleichsweise einfach umzusetzende Maßnahme. Dadurch können der Bahnknoten Dortmund und damit die oberzentrale Funktion deutlich gestärkt werden.

- auf den Rhein-Ruhr-Express (RRX), beziehungsweise eine schnelle S-Bahnverbindung Hamm/Münster – Köln. Der RRX befährt innerhalb des Ruhrgebiets die gleichen Strecken wie die S-Bahn. Daher ist jeder Ausbau auch eine Verbesserung für den gesamte S- Bahn-Verkehr.
- auf die Ertüchtigung der Strecke Dortmund-Hamm für mehr als 160 km/h einschließlich eines viergleisigen Ausbaues.
- auf die dazu erforderliche Beseitigung der Bahnübergänge für den zügigen kreuzungsfreien Ausbau. Die trennende, sicherheitsgefährdende Wirkung der Bahnstrecke insbesondere im Ortsteil Husen muss schnellstmöglich überwunden werden.

Flughafen²

Der Dortmunder Flughafen stellt ein wichtiges Verkehrsinfrastrukturangebot des Oberzentrums Dortmund dar. Der von uns durchgesetzte Kompromiss erweiterter Betriebszeiten sollte daher schnell umgesetzt werden.

Hafen³

Dortmund besitzt den größten Kanalhafen Europas. Der Hafen ist wichtiger Dienstleister für den kombinierten Güterverkehr der Verkehrsträger Wasser, Schiene und Straße. Der Dortmunder Hafen ist ein erstklassiger Gewerbestandort für Industrie und Logistik mit Entwicklungspotential. Wir befürworten die geplante neue Anlage für den kombinierten Ladungsverkehr (KV-Anlage). Überlegungen zu Wohnen und Gastronomie am Hafen sind reizvoll, dürfen aber die industrielle Nutzung des Hafens nicht beeinträchtigen und Arbeitsplätze gefährden.

E-Mobilität

Wir fordern, dass Dortmund sich stärker als „Stadt der Elektromobilität“ profiliert. Mit dem eingerichteten „Lenkungskreis Elektromobilität“ erfüllte sich ein Stück weit die CDU-Forderung nach einer koordinierten Zusammenarbeit aller Akteure, von „DEW21“ und „RWE“ über das wissenschaftliche Potential an den Dortmunder Hochschulen (z. B. das Institut für Energiesysteme, Energieeffizienz und Energiewirtschaft an der TU Dortmund, Sitz

² ausführlich Seite 14 f.

³ ausführlich Seite 22

des NRW-Kompetenzzentrums Infrastruktur und Netze für Elektromobilität) und der Politik bis hin zu privaten, bürgerschaftlichen Initiativen, wie der Initiative Solarmobil Ruhrgebiet (ISOR e. V.).

- Wir erwarten, dass die „DEW21“ und die in Dortmund ansässige „RWE Effizienz“ die Rolle der treibenden Kraft annimmt und Dortmunds Entwicklung zu einer „Stadt der Elektromobilität“ vorantreibt.
- Priorität bei der Förderung der E-Mobilität sollen die Maßnahmen erhalten, die mit heutigen technischen Mitteln auch tatsächlich wirtschaftlich umzusetzen sind. Das kann zum Beispiel die Förderung der E-Mobilität in Firmenflotten sein.
- Der Forschung müssen Möglichkeiten zur Erprobung in der Praxis geboten werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Modellversuche planerisch und organisatorisch unterstützt.
- Der Entwurf des Bundesrates zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes mit dem Ziel, eine gesetzliche Grundlage für die Einrichtung von privilegierten Parkplätzen für Elektrofahrzeuge (einschließlich Gebührenbefreiung) im Bereich von Ladestationen zu schaffen, ist zu unterstützen. Die Infrastruktur für E-Mobile ist, auch in den Stadtbezirken, der Nachfrage entsprechend auszubauen. Dies gilt insbesondere im Bereich von Park-and-ride-Anlagen und Verbrauchermärkten.

Verantwortungsvolle Politik für unsere Stadtgesellschaft macht Dortmund stärker

Die Dortmunderinnen und Dortmunder sind stolz auf ihre Stadt. Wir wollen ein solidarisches Dortmund und unsere Stadt zukunftsfest machen! Für uns stehen die Lebensqualität und Lebenssituation der Menschen in Dortmund im Mittelpunkt unseres Handelns. Dabei ist die kommunale Selbstverwaltung für uns kein Selbstzweck. Bürgerinnen und Bürger übernehmen Verantwortung für die Gestaltung von Dortmund. Dieses Verständnis unserer politischen Arbeit leitet uns.

Für uns gilt auch auf kommunaler Ebene der Grundsatz „Vorrang für Familien“. Wir schaffen für Familien Freiräume und Entfaltungsmöglichkeiten. Dabei ist uns die Wahlfreiheit der Eltern in vielen gesellschaftlichen Sektoren ein wichtiges Anliegen.

Wir sind die Garanten der Sozialen Marktwirtschaft. Wir bekennen uns zum Prinzip des Förderns und Forderns. Wir bieten all denjenigen Hilfe an, die sich nicht selbst helfen können. Wir ermuntern die Leistungsfähigen, sich solidarisch für das Gemeinwesen einzusetzen. Das soziale Netz für Kinder und Jugendliche, Senioren, Kranke und Menschen mit Behinderung werden wir zukunftsfest machen.

Die Gemeinschaft in den Ortsteilen und Stadtbezirken lebt von Menschen, die bereit sind, Verantwortung für andere zu übernehmen. Ob bei der Freiwilligen Feuerwehr und anderen Hilfsorganisationen, in sozialen Einrichtungen, den Kirchen oder in Vereinen – wir brauchen das ehrenamtliche Engagement.

Stadtentwicklung und Stadtumbau

Dortmund steht an der Schwelle des 21. Jahrhunderts vor Herausforderungen, die Aufbruch und verantwortliches politisches Handeln erfordern. Der einfache Erhalt bestehender Strukturen ohne eine Reaktion auf veränderte Rahmenbedingungen führt in die gesellschaftliche Sackgasse.

Durch den demografischen Wandel ändert sich unsere Bevölkerungsstruktur sehr stark. Die Dortmunderinnen und Dortmunder werden „weniger, älter und bunter.“

Dortmund muss also auch zu einer seniorengerechten Stadt werden, in der sich ältere Menschen wohl fühlen, in der sie gerne leben und ihren individuellen Interessen nachgehen

können. Dortmund muss sich finanzielle Spielräume schaffen, um diesen Umbau der Stadt für eine sich ändernde Gesellschaft zu ermöglichen. Ältere Menschen müssen sich als vollwertiger Bestandteil dieser Gesellschaft fühlen. Investitionen in eine seniorengerechte Stadt schaffen gleichzeitig Anreize für die Rückkehr von Menschen nach Dortmund aus den umliegenden Gemeinden, von Bürgern, die früher bei uns gelebt haben.

Dortmund muss sich dem städteweiten Wettbewerb um Bevölkerungszuzug stellen. Nur eine in ihrer Struktur homogene und fast gleich bleibende Bevölkerung gewährleistet die ausreichende Auslastung unserer öffentlichen Infrastruktur. Die aktuelle Dortmunder Infrastruktur ist seinerzeit für weit über 600.000 Einwohner geplant und ausgebaut worden.

Eine zielgerichtete Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist von großer Bedeutung für die städtischen Finanzen und Grundlage für eine an den finanziellen Möglichkeiten orientierten Sozialpolitik. Eine prosperierende Wirtschaft und eine gute Arbeitsmarktsituation prägen ein positives Stadtbild und sind daher von entscheidender Bedeutung und schaffen Anziehungskraft im Wettstreit um Einwohner. Der Förderung von Wirtschaft und Arbeit kommt eine Schlüsselfunktion bei der Bewältigung des demographischen Wandels und des zunehmenden Wettbewerbs der Städte und Regionen zu.

Dortmunds Attraktivität misst sich, neben den zentralen Einrichtungen im kulturellen, freizeitorientierten und sportlichen Bereich auch an dem örtlichen Angebot in den Stadtbezirken und Ortsteilen. Wir vermissen insbesondere eine im Ruhrgebietsvergleich interessante Gastronomie- und Kneipenszene, wie sie vor Jahren in der Dortmunder Innenstadt, insbesondere auch für junge Leute, attraktiv war. Bei Entwicklungen von Freiflächen rund um den Hauptbahnhof fördern wir die Schaffung neuer Angebote. Fördern möchten wir auch die weitere Entwicklung der Brückstraße zu einem abwechslungsreichen Szeneviertel. Die CDU Dortmund vermisst insbesondere eine im Ruhrgebiet angesiedelte Gastronomie-, Kneipen- und Discoszene und unterstützt daher weitere Angebote mit überregionaler Attraktivität insbesondere für junge Leute.

In den letzten Jahren sind in der Stadt attraktive Wohnbauflächen entstanden. Die Flächen rund um den Phoenixsee und das Hohenbuscheigelände sind hierfür eindrucksvolle Beispiele. Wie wollen diesen Weg konsequent weitergehen und auch in Zukunft attraktive Wohnbauflächen ausweisen. Beispiele hierfür sind der Güterbahnhof Süd oder Wickede-West.

Stadtbezirke

Für das Leben vor Ort sind die einzelnen Vororte von großer Bedeutung. In ihnen spielt sich ein großer Teil des Alltages ab. Daher wollen wir politische Entscheidungen möglichst vor Ort in den Bezirksvertretungen treffen. Diese wissen gut, wo den Menschen der Schuh drückt. Neben einer ausreichenden finanziellen Ausstattung der Bezirksvertretungen wollen wir auch eine Stärkung der politischen Entscheidungsträger vor Ort. Hierzu sind Aufgaben und Kompetenzen von der Rats und Ausschussebene auf die Bezirksvertretungen zu übertragen.

Dortmund - Stadt der Chancen und sozialen Gerechtigkeit

Unsere wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele prägen unser Verständnis zupackender und erfolgreicher Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Wir treten für eine Sozialpolitik ein, die sich an den Prinzipien der „Subsidiarität“ und „Solidarität“ orientiert. Wir wollen das Miteinander in einer sozialen Bürgergesellschaft gestalten! Dies setzt eine Politik bürgerschaftlicher Teilhabe voraus, eine Politik, die Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten eröffnet, die Kräfte der Selbsthilfe aktiviert und Menschen dazu befähigt, aktiv an der Lösung sozialer Probleme mitzuarbeiten. Unser Verständnis von langfristig tragfähiger sozialer Politik basiert auf Chancengerechtigkeit. Dabei dürfen aus der sozialen Herkunft, einem Migrationshintergrund oder einer Behinderung keine strukturellen Nachteile entstehen. Die Ideen der sozialen Gerechtigkeit, unterschiedliche, sich wandelnde Vorstellungen von Bedürftigkeit, Gerechtigkeit und Freiheit müssen auch in unserer Stadt ständig neu ausgehandelt und bei veränderten Rahmenbedingungen neu justiert werden.

Das umfassende soziale Netz, das die Stadt gemeinsam mit Kirchen, Vereinen, Stiftungen und anderen Trägern gespannt hat, werden wir erhalten und modernisieren. Die Zuschüsse sollen in Zusammenarbeit mit den Trägern an die veränderten Anforderungen angepasst werden. Neue Aufgaben müssen durch Umschichtung von Mitteln finanziert werden. Deshalb sind die laufenden Ausgaben stetig daraufhin zu überprüfen, ob sie noch ihren eigentlichen Zweck erfüllen. Dies sind wir auch den Steuerzahlern schuldig.

Betrieb und soziales Angebot des Alkoholkonsumraums „Café BERTA“ als Aufenthalts- und Beratungseinrichtung wollen wir dauerhaft sicherstellen. „Café BERTA“ soll als begleitendes Instrument zur Bewältigung der schwierigen Situation in der Nordstadt fortgeführt werden. Ziel ist, alkoholtrinkende Personen zu beraten und Aufenthalt zu bieten. Zusätzlich soll die

Beschwerdelage rund um den Nordmarkt reduziert werden. Hilfebedürftige Menschen sollen dazu bewegt werden, Beratung als eine Perspektive zu sehen. Dortmund muss als soziale Stadt auch für diese Menschen etwas tun.

Vorrang für Familien

Für uns ist wichtig, dass die Vielfalt einer Stadt aus dem **Zusammenwirken aller Generationen** erwächst. Unser Leitbild ist eine Gesellschaft des Gemeinsinns, mit der Familie als Mittelpunkt.

Das Verständnis des Familienbegriffs hat sich seit Jahren gewandelt und vielfältig erweitert. Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen. Sie ist der Ort, an dem Partnerschaft und Solidarität gelebt und der Sinn für Gerechtigkeit vermittelt wird. Familie ist nicht allein die junge Familie mit kleinen Kindern oder Jugendlichen. Sie umfasst alle Generationen.

Wir setzen uns dafür ein, dass den Lebensbedingungen von Familien in Dortmund die gleiche Aufmerksamkeit zuteilwird wie den Standortbedingungen der Wirtschaft. Familienpolitik muss Chancen eröffnen und Benachteiligungen abbauen.

Dies umso mehr vor den Auswirkungen des demographischen Wandels unserer Stadt. Wir wollen in diesem Politikfeld einen erkennbaren Schwerpunkt setzen, damit Dortmund eine wirklich familienfreundliche Stadt in Westfalen wird. Lebenswert für die bereits hier lebenden Familien und attraktiv für die, die nach Ausbildung, Studium oder aus anderen beruflichen Gründen in Dortmund sesshaft werden wollen und eine Familie gründen.

- Wir fördern aktiv Familien bei der Schaffung von Wohneigentum. Insbesondere im Bereich der Baulandpolitik setzt sie sich dafür ein, Familien bei der Baulandausweisung besonders zu berücksichtigen.

Vor dem Hintergrund, dass der Wunsch oder auch häufig der Zwang zu einem eigenen beruflichen Weg beider Elternteile deutlich gestiegen ist, sind die Anforderungen an Familienpolitik deutlich erhöht worden. Hauptansatzpunkt für politisches Handeln ist dabei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

- Wir setzen uns dafür ein, die Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen noch besser an den Bedürfnissen der Eltern auch flächen- und nachfragedeckend im Stadtgebiet auszurichten. Aufgrund veränderter Arbeitszeiten in zahlreichen Branchen sollen sich

Kindertageseinrichtungen („Spätkindergarten“) den veränderten Lebensbedingungen anpassen und die Öffnungszeiten deutlich ausweiten.

- Die Angebote für die U 3-Betreuung müssen weiterhin ausgebaut werden.
- Ebenso setzen wir uns für den weiteren Ausbau der „Offenen Ganztagschule“ ein. Allerdings muss die „Offene Ganztagschule“ einen hohen Qualitätsanspruch besitzen und darf keine schlichte Kinderverwahrung sein.
- Betriebliche Kinderbetreuungsangebote können einen wesentlichen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten. Die Variationsmöglichkeiten betrieblich organisierter Kinderbetreuungsleistungen sind vielfältig. Wir begrüßen und unterstützen daher Initiativen, wie z. B. FamUnDo (Familienbewusste Unternehmen in Dortmund), die Unternehmen helfen, individuelle Lösungen zu finden und umzusetzen und Kooperationen steuern können.

Wir wollen die Möglichkeit der Nutzung einer „Familien-Karte“ in möglichst vielen Bereichen unserer Stadt durchsetzen. Analog Zoo und Westfalenpark sollen alle städtischen Einrichtungen ihre Preisstrukturen auf Familienfreundlichkeit prüfen. Wir wollen durch familienbezogene finanzielle Entlastungen bei den Gebühren und Entgelten für die Nutzung städtischer Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen die Attraktivität dieser Angebote heben und ihren Besuch für Familien mit Kindern bezahlbar gestalten. Je nach Zahl der Kinder gestaffelte Familienermäßigungen sollen einkommensunabhängig gewährt und für jeweils ein Kalenderjahr Gültigkeit haben.

Kinder brauchen unseren Schutz

Eltern übernehmen mit der Erziehung ihrer Kinder eine außerordentliche Verantwortung. Zugleich leisten sie mit der Erziehung einen besonderen Beitrag für das gesellschaftliche Zusammenleben. Wir wollen dafür sorgen, dass Eltern im Umgang mit ihren Kindern gestärkt werden und ihnen Sicherheit und Unterstützung gegeben wird.

- Wir treten daher dafür ein, dass in allen Stadtbezirken Frühwarnsysteme und Erziehungsangebote eingerichtet werden, die Eltern in ihrem Alltag begleiten. Hierdurch sollen insbesondere die Eltern unterstützt werden, die sich bei der Erziehung ihrer Kinder überfordert fühlen.
- Um dieses Ziel einer aufsuchenden Unterstützung zu erreichen, muss die Jugendhilfe personell so ausgestattet werden, dass sie ohne Verzug auf sich ändernde Anforderun-

gen reagieren kann. Es muss überprüft werden, inwieweit die bürokratische Arbeit zugunsten praktischer aufsuchender Hilfe reduziert werden kann. Zur Sicherstellung einer möglichst frühen Gefahrenabwendung für Kinder von überforderten Eltern, müssen die Besuche der Jugendhilfe nach entsprechender Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen auch unangemeldet erfolgen können.

- Die finanzielle Ausstattung der Jugendhilfe ist in Dortmund gegenwärtig auskömmlich. Wir wollen eine Jugendhilfe, die sowohl zielklar, pädagogisch, angemessen effektiv und präventiv, als auch wirtschaftlich arbeitet. Das Wohl des Hilfe benötigenden jungen Menschen und seine Entwicklung stehen im Vordergrund, damit dieser ein würdiges, selbständiges Leben als Erwachsener führen kann.

Wir wollen Familien aktiv in die Familienpolitik vor Ort einbinden. Insbesondere wenn es um Kinderbetreuung, familiengerechte Gestaltung von Baugebieten, Wohnraumangebote, verkehrsberuhigte Spielzonen, Familienberatung oder Jugendförderung geht.

Politik für unsere Jugend

Wir wollen Jugendlichen Orientierung geben, Perspektiven aufzeigen und sie schützen und fördern! Die Politik muss auf die Jugend zugehen und sicherstellen, dass ihre Interessen im politischen Prozess wieder mehr Berücksichtigung finden.

Dabei sollte Politik auf einem verlässlichen Wertefundament gestaltet und vermittelt werden. Prinzipien wie Toleranz, Gerechtigkeit, Offenheit und Ehrlichkeit sind auch für unsere Jugend von größter Bedeutung.

- Um Jugendliche bereits in der Planung und bei den Entscheidungsfindungen einzubeziehen, wollen wir in allen Stadtbezirken Jugendforen einrichten. Hierzu muss die Jugendhilfe in allen Stadtbezirken verstärkt und intensiviert werden.
- Die Jugendforen sollen gezielt auf die Jugendlichen zugeschnittene Freizeitaktivitäten ermöglichen und ihnen eine Alternative zu Drogen- und Alkoholmissbrauch bieten. Die Präventionsarbeit ist hier insoweit zu intensivieren, als die Kommunikation zwischen Sozialarbeitern und der Drogenberatung gestärkt werden muss.
- Wir fordern jedoch neben präventiven Maßnahmen, die zwischen allen zuständigen Stellen koordiniert werden müssen, auch eine klare Einhaltung des Jugendschutzgesetz-

zes durch verstärkte Kontrollen der zuständigen Stellen und den notwendigen Konsequenzen bei Verstößen.

Politischer Radikalisierung in Jugendgruppen wollen wir entgegenwirken, indem wir aktiv den Kontakt und das Gespräch mit jungen Leuten suchen.

- Wir fordern die Intensivierung und Weiterentwicklung von Aufklärungsprogrammen. Ziel dabei ist es, der Jugend die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu ermöglichen und sie zur Mitwirkung zu ermutigen.

Um eine bessere Betreuung der Jugendlichen vor Ort zu erreichen, sprechen wir uns dafür aus, die aufsuchende Jugendarbeit in allen Stadtbezirken zu intensivieren. Das Angebot von Jugendfreizeitstätten muss angepasst, auf veränderte Bedürfnisse ausgerichtet, attraktiv und zeitgemäß gestaltet werden.

Wir suchen auch den engen Kontakt zur freien und kirchlichen Jugendarbeit, die in vielen Gemeinden auch heute noch lebhaft und fruchtbar ist. Diese Jugendarbeit zu unterstützen und durch Angebote von uns, die Jugendlichen für die politische Mitwirkung zu interessieren, sehen wir als wichtige Aufgabe.

Uns ist die besondere integrative Bedeutung von Sportvereinen bewusst. Wir wollen herausragende Leistungen und innovative Arbeit in diesem Bereich unterstützen. Daher soll die Sportförderung die Integrationsarbeit in den Sportvereinen in besonderer Weise honorieren.

Um Jugendliche besser erreichen zu können, die weder in Sportvereinen aktiv sind noch Jugendfreizeitstätten oder andere Einrichtungen aufsuchen, sondern z.B. sog. „informelle Treffs“ bevorzugen, müssen bei Bedarf in den einzelnen Stadtbezirken Streetworker eingesetzt werden, die über Angebote aufklären oder Aktivitäten mit den Jugendlichen organisieren. Wir wollen dabei besonders auch Jugendliche mit Migrationshintergrund erreichen. Dazu müssen auch Streetworker mit eigenem Migrationshintergrund eingesetzt werden, die Barrieren abbauen können.

Senioren – Lebenserfahrung nutzen, Teilhabe ermöglichen!

Die Altersstruktur der Dortmunder Bevölkerung stellt die Sozialpolitik vor große Herausforderungen. Schon jetzt ist ein Drittel der Bevölkerung über 60 Jahre alt, aber auch die Anzahl der hochaltrigen Menschen über 80 Jahren nimmt zu. Wir brauchen für diese Menschen neue Konzepte.

- Wir wollen die Eigeninitiative älterer Menschen zur Gestaltung ihres Wohnumfeldes und damit der Lebensqualität fördern. Hierzu gehört z.B. die Unterstützung des Wohnens in Mehrgenerationenhäusern.
- Für die wachsende Zahl von Haushalten mit Senioren müssen für den Fall von Hilfsbedürftigkeit funktionierende wohnungsnahе Hilfsangebote sichergestellt werden. Wir befürworten den Ausbau ambulanter Dienste und ortsnahe Sozialstationen. Wir wollen die Selbstständigkeit und die sozialen Kontakte älterer Menschen möglichst lange erhalten. Damit kann eine verfrühte Übersiedlung in ein Seniorenheim vermieden werden.
- Wir unterstützen ortsnahe Einkaufsmöglichkeiten und Angebote.
- Tausende von Menschen in Dortmund pflegen schon heute ihre Angehörigen. Sie übernehmen damit eine wichtige Aufgabe und sichern die soziale Qualität unserer Stadtgesellschaft. Wenige Angehörige verfügen dabei über eine fundierte Ausbildung oder haben die Möglichkeit, seelische und körperliche Folgen der Pflege zu kompensieren. Es liegt im Interesse Dortmunds, hier selbst oder durch freie Träger Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten zu schaffen oder auszubauen. Angehörige brauchen bei der Pflege Schulung und unsere tatkräftige Unterstützung.
- Auch der Anteil hilfsbedürftiger Menschen mit Migrationshintergrund nimmt erheblich zu. Deshalb fordern wir die spezielle Qualifizierung von Pflegepersonal in ambulanten sowie stationären Hilfseinrichtungen.
- Die Aktivitäten des sozialen Wohnungsbaus müssen sich dem demographischen Wandel entsprechend auf die Förderung von seniorenrechtlichen und generationenübergreifenden Wohnformen konzentrieren. Die aktive Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Vereinen, Selbsthilfegruppen und Initiativen der Altenhilfe muss verstetigt und ausgebaut werden.
- Darüber hinaus werden wir und dafür einsetzen, dass sich auch die Dortmunder Kultur- und Freizeiteinrichtungen verstärkt auf die Bedürfnisse einer älter werdenden Bevölkerung einstellen. Dabei ist die Angebotsstruktur so zu erweitern, dass sie die Lebensum-

stände und -gewohnheiten und die Bedürfnisse der Senioren berücksichtigt. Die Verlagerung von Abend- auf Nachmittagsangebote (Theater, Oper, etc.) kann ein Weg sein.

- Um den Erfahrungsschatz der Senioren in eine lebendige Bürgergesellschaft einzubinden, wollen wir diese Erfahrungen – wie bereits auf dem Gebiet der Kultur – in den Bereichen Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen oder auch in der Behindertenarbeit einbinden und nutzen. Der Dialog der Generationen sorgt dafür, dass es ein besseres Miteinander der verschiedenen Altersgruppen gibt. Wissen und Erfahrung sollen auf Neugierde und Wissensdurst treffen. Dies gilt es aus unserer Sicht zu fördern.

Menschen mit Behinderung - Zusammenleben auf Augenhöhe!

Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und den dort verankerten Rechten. Unser Ziel ist die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft, in der jeder ungeachtet individueller Unterschiede oder Behinderung seinen Platz in der Gesellschaft findet. Wir setzen uns dafür ein, dass die Aufgeschlossenheit bezüglich der Rechte behinderter Menschen zunimmt. Bei jeder Förderung gilt der Grundsatz, dass sich die Förderung an der Behinderung eines Menschen und nicht an der Einrichtung orientieren muss.

- Mit dem Ausbau der „Offenen Ganztagschule“ verstärkt sich die Zusammenarbeit von Schule, Kinder- und Jugendhilfe, gemeinwohlorientierten Einrichtungen und Organisationen aus Kultur und Sport sowie außerschulischen Partnern. Die CDU sieht darin die Chance, nach dem Wunsch der Eltern die Inklusion in Regel- oder Förderschulen zu fördern.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist insbesondere für Familien mit behinderten Kindern von besonderer Bedeutung.
- Im Rahmen der Ausbildung von Tagesmüttern und -vätern müssen die Lehrpläne und Ausbildungsrichtlinien für Kinder mit Behinderungen angepasst werden.
- Wir planen die Errichtung zunächst eines barrierefreien Spielplatzes für Kinder mit Behinderung in jedem Stadtbezirk.

Unser Ziel ist es, mehr inklusive Ausbildungswege und Arbeitsplätze in Unternehmen zu erreichen. Firmen, die behinderte Menschen fördern, sollten mit einem speziellen sozialen Preis ausgezeichnet werden. Wir plädieren dafür, dass Mittel aus der Schwerbehindertenausgleichsabgabe vorrangig für die Eingliederung behinderter Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt eingesetzt werden. Eingliederung darf nicht daran scheitern, dass Mittel

aus der Abgabe für die Förderung von Einrichtungen verwendet werden. Diese sind alternativ zu finanzieren.

- Werkstätten für Menschen mit Behinderung helfen diesen, durch berufliche und persönlichkeitsbildende Förderung, einen gleichberechtigten Platz in unserer Gesellschaft zu erlangen. Ziel ist es, über eine weitere Beteiligung am Werkstatteleben eine soziale Isolation im Alter auszuschließen.
- Wir wollen, dass barrierefreies Wohnen und Leben Standard in Dortmund werden. So ist z.B. bereits in der Planungsphase darauf zu achten, Wohnungen oder Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur ohne Barrieren zu planen.

Zuwanderung und Integration

Dortmunds Geschichte war und ist geprägt durch Zuwanderung. Die Entwicklung des Bergbaus und der Stahlindustrie im letzten Jahrhundert wäre ohne eine Zuwanderung von Menschen als Arbeitskräfte für die heimische Industrie undenkbar. Der verstärkte Zuzug von heimatvertriebenen Flüchtlingen nach dem zweiten Weltkrieg ist ein gutes Beispiel von gelungener Integration in Dortmund. Mitte des letzten Jahrhunderts kamen dann die angeworbenen Gastarbeiter zu uns, von denen viele heute in dritter Generation ihre Heimat in Dortmund gefunden haben. Zu Beginn des laufenden Jahrhunderts ist ein verstärkter Zuzug von Bürgern der Europäischen Gemeinschaft feststellbar.

Allen Menschen in Dortmund Teilhabe am Zusammenleben und Chancen auf allen Ebenen der Gesellschaft zu ermöglichen, betrachten wir als ständigen Arbeitsauftrag. Im Mittelpunkt unseres Strebens steht das von gegenseitigem Respekt geprägte friedliche Miteinander. Unumstößliche Grundlagen unseres Handelns sind die Menschenrechte, die Werteordnung des Grundgesetzes, die Aufklärung des Humanismus und das christliche Menschenbild.

Auf dieser Basis beinhaltet Integration für uns die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen unterschiedlicher Herkunft am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben in Dortmund. Voraussetzung dafür ist, dass Integration von beiden Seiten gewollt ist.

Viele positive Beispiele von gelungener Integration prägen auch das Stadtbild von Dortmund. Gastronomische Vielfalt, kulturelles Angebot und gemeinsame Tätigkeiten im Sport bieten vielseitige Begegnungsmöglichkeiten.

- Von grundlegender Bedeutung für eine erfolgreiche Integration und Schlüssel für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, ist das Erlernen der deutschen Sprache. Wir lehnen Bestrebungen zur Entstehung und Ausweitung von Parallelgesellschaften eindeutig ab.
- Unser Ziel ist es, den Menschen, die dauerhaft in unserer Stadt bleiben wollen eine Heimat zu geben. Dazu erwarten wir, dass Gesetze, Regeln und Verhaltensweisen akzeptiert und befolgt werden.
- Zuwanderer, die sich integrieren wollen, können ein echter Gewinn für die Zusammensetzung der zukünftigen Bevölkerungsstruktur sein.
- Eine Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme lehnen wir ab. Diejenigen, die nicht zum Zweck der Arbeitsaufnahme, sondern nur zur Erlangung von Sozialleistungen oder weil sie Straftaten begehen wollen, das Recht der Freizügigkeit missbrauchen, müssen durch die zuständigen kommunalen Stellen in ihre Heimatländer zurückverwiesen werden.
- Auffangklassen müssen bedarfsgerecht gebildet werden.
- Im Schulunterricht muss sichergestellt werden, dass die verpflichtende Teilnahme am Sportunterricht und an Klassenfahrten konsequent umgesetzt wird.

Zuwanderung aus Südosteuropa

Die Armutswanderung nach Dortmund stellt unsere Stadt vor große Aufgaben. Die Stadt Dortmund muss sich auf eine steigende Zahl der Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien vorbereiten. Auf der einen Seite geht es um Hilfsmaßnahmen für die Zuwanderer, angefangen bei der Gesundheitsversorgung und der Erstaufnahme bis hin zu den richtigen Ansätzen für eine gelingende Integration. Auf der anderen Seite geht es um eine klare Kampfansage gegenüber denjenigen, die aus dem Elend der Flüchtlinge Kapital schlagen wollen. Schleppertum, Ausbeutungsstrukturen (Wuchermieten; Lohndumping; Schwarzarbeit; Arbeitsstrich, etc.) und deren Begleiterscheinungen, wie Prostitution, Kriminalität und überfüllte Wohnungen in verwahten Immobilien dürfen wir nicht akzeptieren. Ein enormes Problem stellt die Konzentration der Armutswanderung auf die Dortmunder Nordstadt dar.

In Ausübung von Vorkaufsrechten mit Hilfe städtischer Gesellschaften müssen Problemimmobilien erworben, saniert und einer neuen Nutzung zugeführt werden (z. B. Studentenwohnungen).

Wir halten an der beruflichen Freizügigkeit in Europa fest. Freizügigkeit darf aber nicht als Wahlfreiheit in Bezug auf die besten Sozialsysteme missverstanden werden. Der Flucht in die Sozialsysteme der Bundesrepublik treten wir deutlich entgegen. Wir wollen das Ziel der Armutswanderung, die Dortmunder Nordstadt, mit diesen Problemen nicht alleine lassen und appellieren daher an alle staatlichen Ebenen, sich den Herausforderungen zu stellen. EU, Bund und Länder müssen die Probleme der konzentrierten Armutswanderung in Städte wie Dortmund anerkennen. Wir erwarten von der Landesregierung NRW ausreichende finanzielle Unterstützung für die Folgen dieser Sonderform der Zuwanderung. Wir begrüßen es, dass die CDU-geführte Bundesregierung die von Armutswanderung besonders betroffenen Kommunen wie Dortmund mit einer Aufstockung der Mittel für das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ gezielt unterstützen wird. Wir fordern für Zuwanderer aus der EU, die keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz und keine Sozialversicherung nachweisen können, ein Wiedereinreiseverbot aussprechen zu können. Die Freizüigkeitsrichtlinie muss entsprechend geändert werden.

Die EU muss die Herkunftsländer in die Pflicht nehmen, die Lebensverhältnisse der Roma in Bulgarien und Rumänien nachhaltig zu verbessern und die Defizite im Bereich des Minderheitenschutzes, der Diskriminierung und Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen abzubauen. Die Wurzeln der Armutsmigration werden gekappt, wenn es gelingt, den bislang ausgegrenzten und benachteiligten Menschen im Herkunftsland eine Zukunftsperspektive zu bieten. Die EU muss deshalb dafür sorgen, dass EU Mittel zur Integration von Minderheiten in Bulgarien und Rumänien zweckentsprechend verwendet werden.

Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber

Die Verlagerung der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in die jetzige Einrichtung in Dortmund-Hachenei ist suboptimal. Der Betrieb mitten in einem gewachsenen Wohngebiet bedeutet für Asylsuchende, Verwaltung und Anwohner eine große Herausforderung und fordert ein großes Maß an Toleranz aller Beteiligten. Die Stadt Dortmund hat sich dieser Herausforderung gestellt und ist damit seit 2008 ihrer Verantwortung als zweitgrößte Stadt NRW gerecht geworden.

Wir haben uns bemüht, die Belastung für die Anwohner zu verringern, indem sie sich z. B. für eine neue Zufahrt zur Einrichtung, für die Inbetriebnahme einer Röntgenanlage direkt auf dem Gelände und zusätzliche Kontrollen des Umfeldes eingesetzt hat.

Wir wollen, dass die Erstaufnahmeeinrichtung in Hacheneby zum Ende der vertraglichen Bindung im Jahr 2021 aufgegeben wird. Wir fordern die Landesregierung schon jetzt auf, weitere Einrichtungen zur Aufnahme von Flüchtlingen, insbesondere im Rheinland zu schaffen und für die Erstaufnahmeeinrichtung einen anderen Standort zum Vertragsende unter Vertrag zu nehmen. Das derzeitige Gelände soll einer Wohnungsbaunutzung zugeführt werden.

Zukunft durch Bildung

In einer globalen Wissensgesellschaft spielen Bildung und Wissen eine immer weiter wachsende Rolle. Diese Ressourcen zu fördern und allen Menschen zugänglich zu machen, sind vorrangige Ziele der CDU Dortmund. Dabei spielt auch der Ausbau von qualifizierten Betreuungseinrichtungen für Kinder eine entscheidende Rolle.

- Wir wollen den Ausbau der qualifizierten U3-Betreuung und ein vielseitiges Schul- und Ausbildungswesen mit hoher Qualität.

Wir setzen uns für die Realisierung schulischer und beruflicher Chancengerechtigkeit ein. Chancengerechtigkeit bedeutet für uns, dass sich jedes Kind gemäß seiner individuellen Veranlagung entwickeln kann.

- Sprache ist der wichtigste Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Ziel ist es, jedem Kind mit Sprachdefiziten frühzeitig das notwendige Maß an individueller Sprachförderung zukommen zu lassen. Um das zu ermöglichen, ist die Fortführung von standardisierten Sprachstandserhebungen notwendig.
- Wir setzen uns daher für den Erhalt der bestehenden Schulformen ein, weil wir der Pluralität der Schüler Rechnung tragen wollen.
- Für uns haben wohnortnahe Schulen und kleine Klassen Vorrang vor großen zentralen Systemen. Wir wollen grundsätzlich wohnortnahe Schulen und hier insbesondere Grundschulen sichern und stärken. Für uns gilt nach wie vor die Devise: „kurze Beine – kurze Wege“!

- Wir setzen uns aufgrund der hohen Nachfrage klar für eine Ausweitung des Platzangebotes in den offenen Ganztagschulen ein.
- Wir wollen Schulen, die allen Kindern eine größtmögliche persönliche Entfaltung ermöglichen und gleichzeitig Bildung auf hohem Niveau vermitteln. Deshalb ist es unser Ziel, z. B. Sportvereine und Musikschulen in den Ganztagsbetrieb zu integrieren. Wir wollen, dass alle Kinder in Ganztagschulen mittags eine warme Mahlzeit bekommen. Für sozial schwache Familien stellen wir finanzielle Unterstützung aus Landesmitteln und Haushaltsmitteln der Stadt bereit.
- Wir werden die musikalische Unterrichtung von Kindern, insbesondere im Primarbereich, weiter fördern. Neben der Fortsetzung des Landesprogramms „Jedem Kind ein Instrument“ sind in jeder Jahrgangsstufe Theater-, Konzert- und Museumsbesuche unerlässlich.
- Erfolgreiche Bildung und Erziehung erfordern attraktive Schulgebäude, zu denen auch eine angemessene Ausstattung der Schulen mit Material gehört. Wir haben dafür gesorgt, dass Dortmund, mehr als jede andere Kommune im Land NRW, in den Schulbau investiert hat. Die Schließung lang- und mittelfristig obsoleter Schulstandorte (aufgrund zurückgehender Schülerzahlen) ist allerdings für uns kein Tabuthema! Leergezogene Schulgebäude müssen schnell vermarktet und die Flächen einer neuen Nutzung zugeführt werden. Wir werden dafür sorgen, dass alle Pavillonbauten in der nächsten Wahlperiode durch feste (An-)bauten ersetzt werden.
- Pluralität im Bildungsangebot heißt für die Zukunft, dass weiterhin alle Schulformen in Dortmund angeboten werden sollen. Der Elternwille bei der Schulauswahl besitzt für uns hohe Priorität. Dies betrifft insbesondere auch die Hauptschulen und Förderschulen. Dortmund verfügt über eine hohe Anzahl von Realschulen mit einem hervorragenden Ruf. Dies zeigt sich auch an den Zahlen der Neuanmeldungen. Wir setzen uns deutlich dafür ein, diese Schulform nicht durch Diskussionen um mögliche Zusammenlegungen mit Hauptschulen zu verunsichern oder zwangsweise in Sekundarschulen umzuwandeln. Ideologisch geführte Diskussionen um Zusammenlegungen von Schulformen verunsichern Schüler, Eltern und Lehrer. Sekundarschulen dürfen nur dort gegründet werden, wo andere Schulen – aus Mangel an Schülern – nicht mehr lebensfähig sind.

Für die Gymnasien in unserer Stadt haben wir uns folgende Ziele bis 2020 gesetzt:

- Erhöhung des Ganztagsangebots an Gymnasien
- Steigerung der Quote der Abiturienten in Dortmund auf den Bundesschnitt , ohne Absenkung des Anforderungsniveaus
- Erhöhung der Anzahl der Gymnasien mit bilingualen Zweigen
- Förderung von hochbegabten Kindern und Jugendlichen
- Für uns darf der Inklusionsprozess nicht auf Kosten der bestmöglichen Förderung von Kindern mit Einschränkungen gehen. Das gemeinsame Lernen ist nur möglich, wenn die Landesregierung entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellt. Notwendig sind: eine hinreichende Anzahl Sonderpädagogen sowie ausreichende Finanzmittel für Umbaumaßnahmen und Förderausstattung. Es gilt das „Konnexitätsgebot“. Wenn die Kommunen die Aufgabe für das Land NRW übernehmen sollen, müssen sie die dafür notwendigen Finanzmittel von der Landesregierung erhalten. Die bestehenden Förderschulen haben bisher gute Arbeit geleistet. Auch hier muss ein ausreichendes Angebot erhalten bleiben, um Wahlmöglichkeiten der Eltern zu sichern.
- Durch zeitlich begrenzte Sondermittel des Bundestages war es möglich, Schulsozialarbeiter zur Unterstützung der Lehrer und der Schule einzustellen. Wir fordern von der Landesregierung NRW als laut Grundgesetz alleine für Bildung zuständige Instanz auf, die Schulsozialarbeit aus Landesmitteln weiter zu finanzieren.
- Weniger Schulabbrecher, mehr Jugendliche in Berufsausbildung, mehr Abiturienten sind unsere Ziele für die Zukunft!
- Die CDU wird alle Versuche der Landesregierung NRW bekämpfen, den Dortmunder Hochschulen bisher durch das Hochschulfreiheitsgesetz eingeräumte Möglichkeiten wieder zu nehmen.⁴

Bürgerschaftliches Engagement im Ehrenamt

Wir wollen das Engagement für Dortmund unterstützen! Die vorhandenen Strukturen und die Kultur des Bürgerengagements sollen in unserer heutigen Stadtgesellschaft weiter gepflegt und gefördert werden. Bürgerinnen und Bürger sollen weiter ermutigt werden, durch die Mitgestaltung unserer demokratischen Gesellschaft einem egoistischen Anspruchsden-

⁴ vgl. Seite 26

ken, der „Ohne-mich“-Haltung entgegenzuwirken. Besonders die Jugend soll motiviert werden, Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten die ehrenamtliche Tätigkeit in allen gemeinnützigen Bereichen fördern, z.B.:

- im Sport durch eine gute Sportinfrastruktur und zielgerichtete Vereinsförderung,
- im Bereich der Förderung von Menschen mit Behinderungen durch die konsequente Beseitigung aller Barrieren,
- im Kulturbereich durch Ermutigung und organisatorischer Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen,
- im Sozialbereich durch die zuverlässige, nachhaltige finanzielle Förderung von Organisationen und Projekten sowie durch fachliche Beratung und Unterstützung,
- durch Schulung von Helfern in der Arbeit mit und für ältere Menschen, Freizeit- und Serviceangebote,
- Einführung einer Fortbildung bzw. Ausbildung zum „Ehrenamtsmanager“. Wer heute ehrenamtlich im Verwaltungsbereich von Vereinen tätig wird, muss häufig umfassende Kenntnisse im rechtlichen Bereich, in Bürokommunikation, Arbeitsorganisation und Marketing besitzen. Hier gilt es verstärkt Fortbildungen anzubieten.
- in den Kirchen durch Anerkennung und Kooperation.
- Unterstützung von Vereinen und Institutionen bei der Einrichtung von Mitwirkungsmöglichkeiten für Jugendliche.
- Wir setzen uns für eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Dortmund ein, um neuartige Formen der ehrenamtlichen Arbeit zu entwickeln, damit auch künftig die jeweiligen Notwendigkeiten rechtzeitig gesehen werden.
- Die für eine lebendige, demokratische Bürgergesellschaft unverzichtbare Arbeit der Stiftungen soll weiter gefördert werden.
- Einführung der Ehrenamtscard,
- Bürgerschaftliches Engagement soll durch öffentliche Ehrungen mehr Anerkennung erfahren.

Lebenswertes Dortmund – starkes Dortmund

Kultur macht Dortmund lebenswert

Ein gutes und vielfältiges Kulturangebot stärkt die Lebensqualität in unserer Stadt. Kulturelle Vielfalt ist Ausdruck urbanen Lebens. Kulturelle Attraktivität ist ein wichtiger Standortfaktor. Eine interessante Kulturlandschaft strahlt über die Stadtgrenzen hinaus, wirbt für unsere Stadt, macht Dortmund lebenswert und zieht Gäste an, stärkt Dortmund im Wettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen und um die besten Köpfe. Wir hoffen, dass sich die Kreativwirtschaft in Dortmund zu einer Zukunftsbranche mit Wachstums- und Beschäftigungspotential entwickeln kann.

Wir fördern und fordern die kulturellen Aktivitäten unserer Stadt. Das Spannungsfeld zwischen Kulturförderung und unumgänglichen Zielen der Haushaltskonsolidierung ist eine Herausforderung für Stadt und Gesellschaft. Wir stellen uns der besonderen Verantwortung, die Dortmund als kulturellem Oberzentrum einer ganzen Region zuwächst. Wir wollen das kulturelle Profil Dortmunds schärfen, die Qualität stärken und Potentiale ausschöpfen. Die „freie Kulturszene“ ist besonders förderungswürdig. Sie leistet neben ihrer künstlerischen Bedeutung in Dortmund einen wichtigen Beitrag für alle Bürger.

Kunst und Kultur dürfen kein Luxusgut einiger weniger Privilegierter sein. Die Teilhabe aller an der Kultur muss gewährleistet sein, weil sie die Entwicklung der Stadtgesellschaft befruchtet. Eine wichtige Zukunftsaufgabe besteht darin, Kinder und Jugendliche frühzeitig an die Ästhetik und kulturellen Werte von Vergangenheit und Zukunft heranzuführen. Wir wollen das Kulturbewusstsein stärken und kulturelles Engagement unterstützen und anerkennen.

Kultur findet nicht nur in der Dortmunder Innenstadt statt. Den kulturellen Reichtum unserer Stadt begründen vielmehr auch die zahlreichen Kulturangebote in den Stadtteilen.

- Zur bestmöglichen Entfaltung der künstlerischen und kulturellen Potenziale in unserer Stadt fordern wir die Erarbeitung eines „Kulturentwicklungsplanes“. Dieser soll die Dortmunder Kulturpolitik strategisch ausrichten. Der Kulturentwicklungsplan soll die gegenwärtige Kulturlandschaft in Dortmund erfassen und analysieren, Chancen und Möglichkeiten beschreiben und Ziele formulieren und letztendlich konkrete Maßnahmen und Projekte zur Umsetzung vorschlagen. So erhält die Kulturpolitik einen zu-

kunftsorientierten Kompass für die Schaffung idealer Bedingungen. Anstöße dazu bietet der Masterplan „Kreatives Dortmund“.

- Wir wollen Dortmunds Profil als „Stadt der Musik“ weiterentwickeln.
- Wir freuen uns über die Entwicklung der Chorakademie zu einer der größten Singschulen Europas. Wir unterstützen den Umzug der Chorakademie in Nachbarschaft zum international anerkannten Konzerthaus im „Brückstraßenviertel“. Zur Förderung musikalischer Exzellenz soll das Orchesterinstitut NRW mit dem Konzerthaus und der Chorakademie zusammenarbeiten.
- Wir wollen Kinder und Jugendliche frühzeitig fördern und unterstützen deshalb die Kooperation von Schulen und kulturellen Einrichtungen. Wir fordern einen „Entwicklungsplan Schule und Museen“. In diesem sollen Projekte musealer Bildungsarbeit festgelegt werden. Wir wollen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Kultur durch familienfreundlicher gestaltete Eintrittspreise zu öffentlich geförderten Kulturinstitutionen erleichtern. Dies könnte zukünftig verstärkt durch freien Zutritt für Kinder und Jugendliche zu Kulturangeboten (z. B. Theater- und Orchesterproben) gewährleistet werden.
- Wir befürworten grundsätzlich die Errichtung der „Jungen Bühne Westfalen“ in unmittelbarer Nachbarschaft zu Opern- und Schauspielhaus. Zentralität der Lage und die Nähe zum Opern- und Schauspielhaus führen zu einer sichtbaren Aufwertung, die der Bedeutung des Kinder- und Jugendtheaters und der Kinderoper entsprechen. Die an einem Standort vereinten Sparten des Theaters werden dadurch erhebliche Synergien in Werkstatt und Verwaltung erfahren. Im Vorfeld der Entscheidung erwarten wir eine belastbare Kosten- und Finanzierungsplanung. Umfang und Zeitpunkt der Realisierung müssen sich zwingend an der Finanzlage der Stadt orientieren.
- Wir bekennen uns zur Bedeutung des Theaters mit allen Sparten (Oper, Kinderoper, Philharmonisches Orchester, Ballett, Schauspiel, Kinder- und Jugendtheater). Wir wollen, dass die künstlerische Spitzenqualität gehalten und weiter gesteigert wird. Um dies zu erreichen, wollen wir Kontinuität, insbesondere Finanz- und Planungssicherheit, auch in Zeiten schwieriger städtischer Haushaltslagen. Synergieeffekte durch interkommunale Zusammenarbeit sind verstärkt zu nutzen. Wir unterstützen die bauliche Instandsetzung des Theaters, insbesondere des Opernhauses.
- Die Innenstadt und die Stadtteilzentren sind mehr als nur Handelsplätze. Wir wollen mehr Kunst im öffentlichen Raum durch stärkere Nutzung der Innenstadt und der

- Stadtteilzentren als Plätze für Skulpturen und Installationen (z. B. eine „Säule der Partnerstädte“).
- Dem erfolgreichen Beispiel anderer Städte folgend, möchten wir die Idee eines „Dortmunder Kunstsommers“ wieder aufgreifen. Mit Workshops, Ausstellungen und Projekten im öffentlichen Raum wird Kultur im Rahmen eines Kunstsommers für jedermann präsent und „greifbar“.
 - Wir möchten das Interesse an privater Kulturförderung stärken. Bürgerschaftliches Engagement und private Unterstützung sind für den Erhalt und die Weiterentwicklung einer lebendigen und vielfältigen Kultur in unserer Stadt unerlässlich. Nicht als Ersatz öffentlicher Förderung, sondern als Ergänzung. Wir unterstützen das Engagement von Mäzenen, Stiftern und Sponsoren, damit diese der kulturellen Szene Glanzlichter aufsetzen, das Spektrum kulturellen Schaffens erweitern und kulturelle Angebote erhalten. Die Kulturstiftung Dortmund, der Verein „proKultur“ oder Verein der Theater und Konzertfreunde sind gute Beispiele. Für uns ist kulturelle Bürgerbeteiligung an kulturellen Projekten auch in der Form von Bürgeranleihen oder Kulturgenossenschaften vorstellbar.
 - Wir regen an, die Eigenverantwortung städtischer Kultureinrichtungen zu stärken, ihnen mehr Selbständigkeit zu geben und neue Handlungsspielräume zu eröffnen. Wir wollen den Kultureinrichtungen geistige Freiräume schaffen, indem sie ein Stück weit von bestehenden Sachzwängen und Nützlichkeitsabwägungen befreit werden. Es ist zu prüfen, ob einzelnen Einrichtungen der Betrieb in einer anderen Rechtsform einen Schub verleihen kann. In Betracht kommen könnte der Betrieb des Theaters in der Rechtsform einer GmbH oder die Überführung des Dortmunder U in eine privatrechtliche Stiftung auf Basis einer privat-öffentlichen Partnerschaft.
 - Wir fordern, schnellstmöglich eine Intendanz für das Dortmunder U einzusetzen. Das Dortmunder U braucht ein erkennbares Profil, die Aktivitäten des Hauses müssen mit den unterschiedlichen Verantwortlichen koordiniert werden. Zur Entlastung des städtischen Haushalts sind neue Wege der Finanzierung des Dortmunder U anzustreben. Die Intendanz soll zugleich die Leitung des Museums Ostwall übernehmen. Im Museumsbereich sollen mindestens zwei große Ausstellungen pro Jahr organisiert werden. Als permanente Ausstellung soll verstärkt auf die vorhandenen, aber lange nicht mehr gezeigten Bestände des Museums Ostwall zurückgegriffen werden.

- Wir erwarten, dass die Dortmunder Museen den intensiven Austausch mit internationalen Partnermuseen pflegen, um ein anspruchsvolles weltoffenes Programm zu realisieren.
- Wir wollen aufgreifen, was unserer Region im Kulturhauptstadtjahr viel öffentliche Aufmerksamkeit gebracht hat. Wir möchten den kulturellen Austausch mit den Nachbarkommunen im Ruhrgebiet ausbauen und gemeinsame Initiativen entwickeln.
- Wir fordern ein verbessertes Kulturmarketing und die Entwicklung einer Kommunikationsstrategie. Die kulturtouristischen Potentiale im Umland Dortmunds werden nur unzulänglich ausgeschöpft. Wir möchten insbesondere ein Medium, das als „Dortmunder Kulturkalender“ alle Kulturveranstaltungen in unserer Stadt tagesaktuell ausweist und bewirbt.
- Die Förderung des Kulturaustausches in Form von Gastspielen, Stipendien und Kooperationen mit unseren Partnerstädten sind für uns ein Anliegen.
- Industriedenkmale stellen einen wichtigen Aspekt der Erinnerungskultur des Ruhrgebietes dar. Wenn die Entscheidung für den Erhalt eines Industriedenkmals gefallen ist, so ist dieses in einem dauerhaft guten Zustand und für die Nachwelt erlebbaren Zustand zu erhalten. „Erhaltung“ mit dem Ziel des Verfalls lehnen wir ab. Ansonsten sollten Flächen mit Gebäuden, die nicht dauerhaft erhalten werden können, für andere Zwecke, insbesondere für die Schaffung von Arbeitsplätzen zur Verfügung gestellt werden (z. B. Kokerei Hansa). Ausschließlich zu letzterem Zweck sollen Städtebauförderungsmittel in die Flächen investiert werden.
- Wir unterstützen die Forderung, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. Die Förderung von Kunst und Kultur ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Bund und Länder müssen Kommunen in die Lage versetzen, ihren Aufgaben im kulturellen Bereich nachzukommen.

Starker Sport – starke Stadt

Fast 600 Dortmunder Sportvereine und die in ihnen ehrenamtlich engagierten Frauen und Männer leisten Enormes für unsere Stadtgesellschaft: Sie stärken den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sowie der Inklusion von Menschen mit Behinderung leisten sie unersetzliche Beiträge zur gesellschaftlichen Teilhabe. Sie dienen der Gesundheitsvorsorge. Sie leisten Jugendarbeit. Sie vermitteln Tugenden wie Fairness, Toleranz, Ausdauer, Leistungswillen und Zielstrebigkeit. Das breite Sportangebot ist maßgeblicher Faktor für die Lebensqualität unserer Stadt. Die Förderung des Sports in Breite und Spitze ist für uns deshalb ein besonderes Anliegen.

- Wir fordern für unsere Stadt einen „Sportentwicklungsplan“ als Grundlage für die künftige Entwicklung des Sportangebotes, der Sportstätten und der Organisation des Sports. Eine gründliche Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse soll helfen, die Sportstrukturen unserer Stadt an die veränderten Anforderungen und Rahmenbedingungen anzupassen. Der demografische Wandel, das wachsende Ganztagsangebot der Schulen, Inklusion und Integration sowie das veränderte Freizeit- und Gesundheitsverhalten müssen darin Berücksichtigung finden.
- Wir halten es angesichts der sich ändernden Anforderungen an den Sport für notwendig, die Richtlinien für die Sportförderung der Stadt Dortmund aus dem Jahr 2005 zu überprüfen und gegebenenfalls zu aktualisieren. Die von den Sport- und Freizeitbetrieben und dem Stadtsportbund angeregte und vom Rat der Stadt Dortmund beschlossene Gründung einer „Sportstiftung“ zur Förderung des Leistungssportes und seines Nachwuchses sollte nicht aufgegeben werden und in Vergessenheit geraten.
- Schon im frühen Kindesalter sollten Sport und Bewegung angeregt werden. Deshalb ist uns die Bewegungsförderung in Kindertageseinrichtungen ein wichtiges Anliegen. Eine gute Grundlage bietet das vom Landesportbund NRW und der Sportjugend NRW entwickelte Konzept für „Anerkannte Bewegungskindergärten“. Darauf aufbauend möchten wir verstärkt Kooperationen zwischen Sportvereinen und Kindergärten mit städtischen Mitteln fördern.
- Wir wünschen uns, dass Kinder früh die Vielfalt des sportlichen Angebots kennenlernen. Sie sollen die Chance haben, in verschiedene Sportarten „hineinzuschnuppern“, ohne sich gleich festlegen zu müssen und die Mitgliedschaft in einem Verein erwerben zu müssen. Daher sprechen wir uns für eine Ausweitung des vom Stadtsportbund ausgegebenen „Sportgutscheines für Erstklässler“ aus. Das kostenlose Schnupperangebot

der teilnehmenden Vereine, sollte sich an die Erst- und Zweitklässler richten und zu Beginn eines jeden Schulhalbjahres für die Dauer des Schulhalbjahres erneuert werden (statt heute 6 Monate). So bekämen die Schüler die Gelegenheit, in den ersten beiden Schuljahren vier Sportarten auszuprobieren.

- Der Ganztagschulbetrieb und die Schulzeitverkürzung an Gymnasien (G8) stellen die Sportvereine bei der Nachwuchsgewinnung und Nachwuchsförderung vor große Herausforderungen. Wir wollen Vereine und Schulen dabei unterstützen, Kooperationen auszubauen und zu qualifizieren. Die Stadt muss diesen Prozess moderieren und anschieben, indem sie Schulen und Sportvereine auf Stadtbezirksebene an einem Tisch zusammenbringt. Ziel ist es, ein vielfältiges Bewegungsangebot an Schulen zu schaffen, das bei Schülern das Interesse für Sport weckt.
- Talentsichtung, Talentförderung und Talentbindung müssen durch die gezielte Zusammenarbeit von Vereinen und Schulen intensiviert werden. Wir möchten Vereine und Schulen dabei unterstützen, nach dem Vorbild der „Talentstützpunkte“ der Sportfachverbände (Programm „Leistungssport 2020 – Förderung von Eliten und Nachwuchs in NRW, Teilkonzept Talentsuche und Talentförderung“) gezielt Kooperationen zur systematischen Talentförderung einzugehen. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei den Grundschulen.
- Ausdruck und Aushängeschild der Sportstadt Dortmund sind die hier angesiedelten Stützpunkte zur Förderung des Spitzensportes und die an ihnen trainierenden Sportler. Dortmund darf stolz sein, in vielen Disziplinen Heimat des Spitzensports zu sein. Wir sind an der Weiterentwicklung des Olympiastützpunktes Westfalen, der Bundesstützpunkte, der Sportleistungszentren und Sportleistungsstützpunkte interessiert. Wir möchten, dass die Leistungsstützpunkte in Dortmund möglichst optimale Rahmenbedingungen vorfinden.
- Vereine, die sich in besonderer Weise um Integration und Inklusion bemühen, sollen mit zusätzlichen finanziellen Mitteln gefördert werden. Nicht fördern werden wir die weitere Entstehung geschlossener ethnischer Sportgruppen und Vereine.
- Wir wollen das sportliche Ehrenamt stärken. Immer mehr Vereine stehen vor dem Problem, Freiwillige für Leitungs- und Vorstandsfunktionen zu gewinnen. Wir möchten den Einstieg in die ehrenamtliche Vereinsarbeit mit einer aus städtischen Mitteln finanzierten Motivationskampagne und Qualifizierungsoffensive des Stadtsportbundes erleichtern.

- Aktiv fördern wollen wir auch den nicht vereinsgebundenen, selbstorganisierten Sport. Mit dem möglichst unterbrechungsfreien Ausbau von „Sportwegen“ für Läufer, Inline-Skater und Radfahrer, der Förderung öffentlicher Sport(kurs)angebote in Zusammenarbeit mit Partnern, wie der VHS, dem Stadtsportbund und den Familienbildungsstätten, und offenen Spiel- und Freizeitplätzen möchten wir auf die Bedürfnisse dieser Sportler eingehen.
- Wir möchten die Dortmunder Sportanlagen in attraktivem Zustand erhalten und sie erforderlichenfalls qualitätssteigernd sanieren und modernisieren. Ein wichtiges Anliegen ist uns die energetische Sanierung der Sportstätten. Darüber hinaus wollen wir Dortmunds Sportstätten barrierefrei gestalten, damit auch Menschen mit Behinderung und ältere Menschen an der „Sportstadt Dortmund“ teilhaben können.
- Wir setzen uns für wohnortnahe Sportanlagen, den Sportplatz „um die Ecke“ ein. Bei der Errichtung von Sportstätten sind Umweltauswirkungen zu minimieren. Die Bundesregierung ist gefordert, den Konflikt zwischen Lärmschutz der Anwohner und den Interessen des Sportbetriebs sachgerecht zu regeln. Die geltenden Vorschriften gehören auf den Prüfstand.
- Wir wollen die Fortführung und zügige Umsetzung des Kunstrasenprogramms über 2014 hinaus. Zusätzlich zum laufenden Programm wollen wir Vereinen, die in Eigenregie bauen, ab 2014 Finanzhilfen für maximal 20 Jahre zur Verfügung stellen. Gute Finanzierungsgrundlagen fördern Eigeninitiative und bürgerschaftlichen Einsatz. Bevorzugt werden sollen Vereine die kooperieren oder fusionieren. Seitens der Stadt soll als Anschubfinanzierung für das neue Kunstrasenprogramm ein Teil der Mittel zur Verfügung gestellt werden, die bisher für die Pflege und Unterhaltung der Tennenplätze aufgewendet wurden. Die Grundinstandsetzung von Tennenplätzen ist im Einzelfall zu prüfen. Ascheplätze sind ein Auslaufmodell. Die Zukunft gehört dem Kunstrasen.
- Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die es Sportvereinen ermöglichen, ihre Sportstätten eigenverantwortlich zu betreiben (u. a. durch Betriebskostenzuschüsse; Stadt trägt Instandhaltungslast für „Dach und Fach“).
- Notwendig ist ein transparentes und effektives Hallenmanagement, um die bestehenden Kapazitäten optimal auszunutzen.
- Wir wollen, dass in Dortmund Sportereignisse mit Strahlkraft über Dortmund hinaus einen Platz haben. Wir sehen den Bedarf für eine moderne und gut ausgestattete Ballsporthalle. Chancen und Wege ihrer Realisierung sollten geprüft werden. Zu denken ist

auch an eine Multifunktionshalle, in der neben Großsportveranstaltungen auch Konzerthighlights stattfinden könnten.

- Unser Ziel ist es, Frei- und Bezirkshallenbäder durch Übertragung, ehrenamtliches Engagement und privat-öffentliche Partnerschaften möglichst zu erhalten.
- Wir möchten die bessere Vernetzung und Kooperation der wesentlichen Einrichtungen und Organisationen des Sports in Dortmund vorantreiben. Der Sport in Dortmund gewinnt, wenn Sportinstitutionen, wie die Sport- und Freizeitbetriebe, der Stadtsportbund, der Olympiastützpunkt Westfalen, das Institut für Sport und Sportwissenschaft (TU Dortmund) sowie das Sportgymnasium verstärkt miteinander kooperieren.
- Der Revierpark Wischlingen (RPW) hat sich in Bezug auf Besuchergruppen und Ertragslage deutlich besser entwickelt als die übrigen Revierparks.

Bestrebungen des RVR zur Verschmelzung aller Revierparks und Eingliederung unseres Freizeitangebots in eine RVR-gesteuerte Holdingstruktur mit dem Verlust örtlicher Steuerungskompetenz lehnen wir ab. Wir wollen die Sicherung und weiteren Ausbau der bislang in Wischlingen erreichten Verbesserungen und den Erhalt unseres Freizeitparks als eigene GmbH – in eigener Regie! Die angestoßenen Bemühungen zu weiterer Optimierung und Verzahnung der RPW-GmbH mit dem Eigenbetrieb Sport- und Freizeitbetriebe unterstützen wir. Zu vertiefen ist insbesondere die Kooperation und Abstimmung beim Bäderbetrieb, bei der Bewirtschaftung der Parks sowie beim Management der Veranstaltungen.

Umwelt und Energiewende in Dortmund

Umweltschutz ist gerade für uns Christdemokraten eine Selbstverständlichkeit. Die Bewahrung der Schöpfung ist eine der politischen Kernaufgaben, bei der es neben der Erhaltung des natürlichen Lebensraums auch um eine damit in Einklang stehende, lebenswerte Gestaltung des menschlichen Umfelds geht. Speziell die Vermeidung von Risiken für die Gesundheit und die Erhaltung der uns geschenkten Natur steht in zunehmender Verantwortung kommunaler Politik. Der Respekt vor der Schöpfung und ihre Bewahrung ist eine Kernaufgabe. Dortmund ist eine Stadt mit einem hohen Anteil an Grün-, Wiesen- und Waldflächen. Dies ist ein Standortfaktor, den es auch in Zukunft zu erhalten gilt. Die in den vergangenen Jahren durchgeführten Projekte tragen ganz erheblich dazu bei, diesen Naturschatz zu bewahren. Dazu zählt u.a. die Renaturierung der Emscher, die auf Dortmunder Stadtgebiet weitgehend abgeschlossen ist. Dazu zählt mit dem Phoenixsee ebenfalls ein Projekt, das einen neuen Ökoraum schafft und Flora und Fauna eine neue Heimat bietet. Die zahlreichen Gartenbauvereine in Dortmund liefern einen wichtigen Beitrag dazu, den hohen Anteil an Grünflächen an der gesamten städtischen Fläche konstant zu halten. Sie bieten, gerade in stark verdichteten städtischen Bereichen, neben ihren positiven sozialen Aspekten, wichtige Inselfunktionen der Ökologie. Für uns gilt grundsätzlich weiterhin der Maßstab "Flächenrecycling vor Flächenverbrauch". Deshalb fordern wir den Erhalt landwirtschaftlicher Nutzfläche. Der Schutz der Tiere ist für uns ein wichtiges Anliegen. Wir wollen das Tierschutzbewusstsein bei den Bürgerinnen und Bürgern stärken. Tierschutz ist dann am wirkungsvollsten, wenn Politik und verantwortungsvolles Handeln des Einzelnen zusammenkommen. Die Zusammenarbeit zwischen den kommunalen und landesweit tätigen seriösen Tierschutzorganisationen und Tierschutzvereinen und der Kommunalpolitik muss weiter unterstützt und gefördert werden. Das Tierschutzzentrum in der Hallerey und die dort geleistete professionelle Tierschutzarbeit sind uns wichtig.

Umweltpolitik betreiben wir nicht aus ideologischem Antrieb sondern aus der Erkenntnis, dass wir nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen möchten. Die vielfältigen Belastungen von Luft, Boden und Wasser müssen erkannt und so weit wie möglich reduziert werden. Wir setzen dabei weniger auf Verbote der zugehörigen Aktivitäten, als auf den beschleunigten Einsatz intelligenter, energiesparender und emissionsvermeidender Technik. Umweltverschmutzung dulden wir nicht. Die begonnene

Sanierung des Envio-Geländes muss grundlegend und umfassend zu Ende geführt werden. Wir sprechen uns dafür aus, dass der Verursacher die Kosten trägt und nicht die Stadtkasse.

Dortmund soll aktiver Motor der Energiewende im kommunalen Raum werden. Wir befürworten die Fokussierung der Geschäftsentwicklung von DEW und DSW im Bereich der regenerativen Energien. Neben der Energieerzeugung, die zukünftig dezentraler ausgestellt sein wird, spielt die Energieeffizienz eine große Bedeutung. Es muss daher sichergestellt sein, dass es für die Dortmunder Bürger ausreichend Anlaufstellen für eine unabhängige Energieberatung gibt. Wir wollen die Bürger zu Beteiligten der Energiewende machen indem sie über Bürgerprojekte an regenerativen Projekten finanziell beteiligt werden. Wir unterstützen Dortmunder Banken dabei, Bürgeranleihen zur Finanzierung von Projekten auf dem Sektor der erneuerbaren Energien an den Markt zu bringen.

Innovationen im Bereich der Energiewende sind Ergebnis von Forschung und Entwicklung. Mit der Technischen Universität, Fachhochschule und diversen Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung, verfügt Dortmund über gute Ressourcen diese Innovationen zu entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, die Forschung im Bereich der Umsetzung der Energiewende bestmöglich zu unterstützen. Wir wollen, dass Dortmund im Bereich der E-Mobilität einen Vorbildcharakter einnimmt. Zu diesem Zweck setzen wir uns für den bedarfsgerechten Ausbau von Ladesäulen ein und möchten uns verstärkt intelligenten Mobilitätskonzepten widmen. Vor diesem Hintergrund können Carsharing und der nachfrageorientierte Ausbau des innerörtlichen Radverkehrsnetzes einen Beitrag zum Umweltschutz in unserer Stadt leisten.

Dortmund – eine sichere und saubere Stadt!

Einwohner und Gäste unserer Stadt sollen sich in Dortmund „sicher“ wohlfühlen. Ganz wesentlich für die Lebens- und Aufenthaltsqualität in unserer Stadt, für das Wohlfühl der Menschen, ist der gewährleistete Grad von Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit im öffentlichen Raum, auf den Straßen und Plätzen Dortmunds, in Bussen und Bahnen, bei Tag und bei Nacht.

Für ein sicheres und sauberes Dortmund ist das Zusammenwirken von Polizei, Stadtverwaltung, Politik, Wirtschaft, gesellschaftlichen Organisationen und nicht zuletzt aller Bürgerinnen und Bürger unabdingbare Voraussetzung. Wir wollen, dass die Menschen in Dortmund ein sicheres und angstfreies Leben führen können. In Dortmund darf es keine Bereiche geben, die die Menschen allein aus der puren Sorge um ihre Sicherheit meiden. Auf Initiative der CDU sind in den letzten Jahren Verstöße wie Urinieren in der Öffentlichkeit, Wegwerfen von Müll, aggressives Betteln und der übermäßige Genuss von Alkohol in städtischen (Grün-)Anlagen und der Alkoholkonsum auf schulischen Flächen, Friedhöfen sowie Spiel- und Bolzplätzen konsequent verboten worden.

▪ **Kein Platz für Angsträume**

In Dortmund darf es keine Ortsteile oder Straßenzüge geben, die die Menschen aus Sorge um ihre Sicherheit nicht mehr betreten. Wir fordern eine sichtbare Präsenz von Polizei und Ordnungskräften in der gesamten Stadt.

▪ **Keine Straßenprostitution**

Wir lehnen die Einrichtung eines Straßenstriches zur Ausübung der Prostitution ab. Ggf. muss eine neue Sperrbezirksverordnung erlassen werden. Sollte ein Verbot aus rechtlichen Gründen nicht möglich sein, wird die Ordnungsverwaltung aufgefordert, durch Ausnutzung des ordnungsrechtlichen Handlungsinstrumentariums für ein Höchstmaß an staatlicher Kontrolle zu sorgen.

▪ **Überblick schafft Sicherheit**

Wir fordern die Erstellung eines „Sicherheitslagebildes“. Dieses soll den zuständigen politischen Gremien und der Verwaltung als Grundlage für Maßnahmen zur Wahrung von Sicherheit und Ordnung zur Verfügung stehen.

▪ **Ortssatzung konsequent durchsetzen**

Die Einrichtung der Ordnungspartnerschaften zwischen der Polizei und dem Ordnungsamt der Stadt hat sich bewährt. Die eingesetzten Mitarbeiter leisten gute Arbeit. Wir möchten den Personaleinsatz kontinuierlich weiter ausbauen. Ziel ist die Gewährleistung eines 24-Stunden Dienstes. Dies soll nicht nur für die Kernbereiche der City gelten. Gerade in den Stadtbezirken ist eine Verstärkung der sichtbaren Präsenz von Ordnungskräften notwendig. Mittelfristig ist das Ziel eine Personalstärke von zehn Mitarbeitern pro Stadtbezirk anzustreben. Das Land NRW ist aufgefordert, seinen Beitrag für die Sicherheit in Dortmund durch die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Polizisten zu leisten.

▪ **Service- und Präsenzdienste stadtweit einsetzen**

Mit Unterstützung der CDU ist die Finanzierung von 80 Stellen im Bereich des Service- und Präsenzdienstes auch nach Auslaufen des Bundesprogramms „Bürgerarbeit“ bis in das Jahr 2016 gesichert. Wir wollen im Vorfeld konkreter ordnungsbehördlicher Maßnahmen weitere Mitarbeiter von Service- und Präsenzdiensten stadtweit in öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen, einschließlich der Friedhöfe einsetzen. Zu den bevorzugten Streifengebieten sollen aber auch Kinderspielplätze und Schulen bzw. das Schulumfeld gehören. Ziel der öffentlich wahrnehmbaren Präsenz ist die Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung. Die Einsatzkräfte sind einerseits Ansprechpartner für die Bürger, andererseits auch Informationslieferant für die städtischen Dienststellen (z. B. Meldungen über „wilde“ Müllablagerungen). Eine einheitliche Dienstkleidung und gut erkennbare Dienstfahrzeuge verleihen den Service- und Präsenzkräften die notwendige Autorität und machen sie so für jeden Bürger zu leicht identifizierbaren und kompetenten Ansprechpartnern.

▪ **Videoüberwachung**

Wir fordern die Polizei auf, von der ihr eingeräumten Möglichkeit Gebrauch zu machen, die Videoüberwachung für öffentliche Gefahrenräume anzuordnen. Darüber hinaus fordern wir ein solches Recht zur Videoüberwachung für die Kommunen selbst. Insofern muss der Landesgesetzgeber tätig werden.

▪ **Jugendschutz ernst nehmen**

Wir wollen die offenen Drogenszenen mit allen gesetzlichen Möglichkeiten in Dortmund verhindern und bekämpfen.

Wir setzen uns dafür ein, Kioske und deren Umfeld verstärkt zu überwachen - insbesondere mit dem Ziel, die Abgabe und Weitergabe alkoholischer Getränke an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren wirksam zu unterbinden und gegebenenfalls zu ahnden.

Der Landesgesetzgeber ist zur Schaffung von Rechtssicherheit gefordert, eine Ermächtigungsgrundlage für kommunale Alkoholkonsumverbote im öffentlichen Raum zu schaffen.

▪ **Katastrophenschutz**

Schützen müssen wir uns vor veränderten Gefahren: Aufgrund des fortschreitenden Klimawandels ist auch bei uns verstärkt mit extremen Wetterlagen und Naturkatastrophen zu rechnen. Effizienter Zivil- und Katastrophenschutz ist eine ständige Aufgabe kommunaler Sicherheitsvorsorge.

Naturkatastrophen können auch in einer Großstadt wie Dortmund erhebliche Gefahren für die Gesundheit und das Leben von Bürgern heraufbeschwören. Neben der Beachtung solcher Risiken im Bereich des Plan- und Baurechtes ist es notwendig, im Vorfeld solcher Extremsituationen Vorkehrungen zur Krisenbewältigung zu treffen. Deshalb unterstützen wir das ehrenamtliche Engagement der Freiwilligen Feuerwehr, des Technischen Hilfswerkes, der Hilfsorganisationen und der DLRG ausdrücklich. Dabei sind die Jugendorganisationen dieser Verbände von besonderer Bedeutung, auch um verstärkt Jugendliche mit Migrationshintergrund für die ehrenamtliche Arbeit zu gewinnen.

▪ **Dortmund tiptopp!**

Die satzungsgemäß durchgeführte Reinigung reicht erfahrungsgemäß nicht aus, um ein sauberes Erscheinungsbild aller Ortsteile, Stadtbezirke und der Gesamtstadt zu gewährleisten. Der Einsatz gemeinnütziger Arbeitsgelegenheiten soll sich auf die Reinigung von Friedhöfen, städtischen Grünflächen und das Straßenbegleitgrün konzentrieren. Ergänzt werden soll dies durch die generelle Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, offizielle Patenschaften für öffentliches Grün zu übernehmen. Das Bereithalten entsprechender Personalressourcen soll gewährleisten, dass Graffiti- und Schmierereien an öffentlichen Gebäuden zeitnah beseitigt werden – möglichst innerhalb von 24 Stunden.

▪ **Extremismus bekämpfen**

Wir stehen für eine offene, tolerante und vielfältige Bürgergesellschaft in Dortmund. Wir setzen deutliche Signale gegen Hasskriminalität, häusliche Gewalt, Mobbing, Gewalt im Namen der Ehre, Rassismus und jedwede politisch motivierte Gewalt, unabhängig davon, ob sie aus dem Bereich des Islamismus, Rechts-, Links- oder Ausländerextremismus stammt. Extremismus jeglicher Form hat in Dortmund keinen Platz. Präventions- und Aufklärungsarbeit ist eine Daueraufgabe aller demokratischen Kräfte im Kampf gegen den Extremismus. Ein starkes Zeichen setzen die zahlreichen Bündnisse, Initiativen, Veranstaltungen und Maßnahmen. Das Netzwerk der gesellschaftlichen Akteure muss weiter gepflegt und ausgebaut werden.